

Vereins-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 41

Ersteht alle Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus Grothstraße 1. Fernspr. 5, 8248.

Hamburg,
Sonnabend, 11. Oktober 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
parallele ober deren Raum 50 Pfg.
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

Kollegen! Nehmt die noch kurze, günstige Zeit wahr zur Agitation für unsern Verband!

Löhne und Preise in Großbritannien von 1905 bis 1912.

In Großbritannien-Irland beträgt die Zahl aller Lohnarbeiter nach dem Ergebnisse der Statistik über die Erwerbsfähigenversicherung 13 080 000. Wieviel von allen Arbeitern in der Zeit von 1905 bis 1912 Lohn-erhöhungen erlangten, läßt sich nicht genau feststellen; in allen Wirtschaftszweigen, mit Ausnahme der Landwirtschaft, des Eisenbahnwesens und der Schifffahrt, waren in den acht Jahren 5 409 334 Arbeiter an kollektiven Lohn-erhöhungen beteiligt, in denselben Jahren erlitten aber 2 390 265 Arbeiter Lohnreduktionen, so daß nur um drei Millionen Arbeiter mehr ihre Löhne erhöhten als Lohnkürzungen erlitten.

In den Baugewerken waren die Verhältnisse in den letzten Jahren besonders ungünstig. Einem eben erschienenen amtlichen Bericht ist zu entnehmen, daß vom Oktober 1905 bis zum Oktober 1912 die Lohn-erhöhungen der gelernten Bauarbeiter in den 88 wichtigsten Städten im Durchschnitt nur 1,9 Proz. ausmachten; bei den Bauhilfsarbeitern belief sich die durchschnittliche Lohn-erhöhung auf 2,6 Proz. In vier Städten herrschten bei den gelernten Bauarbeitern Lohnkürzungen vor, in 25 Städten war das allgemeine Lohnniveau 1912 gleich hoch wie 1905, in 20 Städten betragen die Lohn-erhöhungen (alle gelernten Arbeiter zusammengenommen) bloß 1 Proz. und in 39 Städten schwankten sie zwischen 2 und 8 Proz.

Angaben über die Löhne der Maler liegen aus 85 Städten vor; in 46 davon war der Stundenlohn 1905 und 1912 gleich hoch, in 28 Städten betrug die Lohn-erhöhung 4 1/2 Pfg., in 4 Städten belief sie sich auf 2 1/2 Pfg., in je 3 Städten auf 6 1/2 und 8 1/2 Pfg., und in einer Stadt machte sie 6 1/2 bis 10 1/2 Pfg. pro Stunde aus.

Im Jahre 1912 wurden in 71 von den 85 Städten Löhne von 59 1/2 bis 76 1/2 Pfg. in der Stunde gezahlt. Weniger als 59 1/2 Pfg. betragen die Stundenlöhne in neun Städten, über 76 1/2 Pfg. machten sie aber bloß in fünf Städten aus, nämlich in Blackburn, Liverpool, Glasgow, Greenock und Paisley; die letztgenannten drei Städte liegen in Schottland.

Bedeutend ausgiebiger als die Erhöhungen der Löhne waren von 1905 bis 1912 die Steigerungen der Kleinhandelspreise. Der durchschnittliche Bedarf einer Arbeiterfamilie an Brot, Mehl, Kartoffeln, Fleisch, Speck, Eiern, Milch, Butter, Käse, Tee, Zucker und Kohlen war 1912 im allgemeinen um 13 Proz. teurer als 1905. Die Preissteigerung war freilich nicht überall gleich, sondern sie bewegte sich zwischen 7 Proz. in der Stadt Portsmouth und 20 Proz. in der Stadt Stockport. In 80 von den 88 Städten betrug die Preis-erhöhung 10-18 Proz. und in 38 davon 13-15 Proz. In den Städten Südens hat sich der Bedarf an Nahrungsmitteln und Kohlen um 9,8 Proz. verteuert, in den Städten von Lancashire und Cheshire dagegen um 15,8 Proz. Das sind die Extreme, wenn man die Städte zu geographischen Gruppen zusammenfaßt.

In 14 Städten, wovon sich sieben in Schottland und drei in Irland befinden, war 1912 die allgemeine Preis-lage um 1-8 Proz. teurer als in der Hauptstadt London mit ihren sechs Millionen Einwohnern; gleich hoch wie in London war die allgemeine Preis-lage in noch fünf andern Städten, während in 68 Städten die Klein-handelspreise um 1-10 Proz. billiger als in London waren.

In der folgenden Tabelle sind die in einer Mehrzahl der Städte vorkommenden Preise der wichtigsten Nahrungsmittel und der Kohle angegeben. Die Zahlen beziehen sich auf Oktober 1912.

Waren	Menge	Preis M.
Rindfleisch, britisch	1 kg	1.50-1.87
Rindfleisch, gefroren	1 kg	1.21-1.50
Lammfleisch, britisch	1 kg	1.50-1.78
Lammfleisch, gefroren	1 kg	0.84-0.94
Schweinefleisch, britisch	1 kg	1.58-1.78
Geräucherter Speck	1 kg	1.87-2.06
Eier, importiert	10-14 Stk.	1.02
Milch	1 Liter	0.27-0.31
Tee	1 kg	3.00-3.37
Zucker	1 kg	0.33-0.46
Käse	1 kg	1.50-1.68
Butter	1 kg	2.43-3.00
Kartoffeln	3 kg	0.28-0.36
Mehl	3 kg	0.80-0.88
Kohle	1 Mtr.-Str.	2.00-2.50

Preisangaben für gefrorenes Rindfleisch z. B. wurden aus 78 Städten erlangt; in 70 dieser Städte bewegte sich der Durchschnittspreis zwischen 1.21 M. und 1.50 M. pro Kilo, in fünf Städten waren die Preise niedriger und in drei Städten waren sie höher. Der Durchschnittspreis von drei Kilo Kartoffeln war in 67 Städten 28 bis 36 Pfg., in acht Städten war er niedriger und in 13 Städten höher. Hieraus ersieht der Leser, was mit dem in der Mehrzahl der Städte vorherrschenden Preis gemeint ist.

Bei den Mietpreisen der Wohnungen ergeben sich von Stadt zu Stadt größere Unterschiede als bei den Kleinhandelspreisen. Der durchschnittliche Mietpreis in den Provinzstädten machte 84 bis 38 Proz. des Londoner Mietpreises aus; in 13 Städten waren die Wohnungsmieten um mindestens die Hälfte billiger als in London. Ein Vergleich der Durchschnittsmieten dreibis sechsräumiger Wohnungen in London und den Provinzstädten ergibt folgendes Bild:

Zahl der Räume pro Wohnung	Wöchentliches Mietpreis		Mehrbeitrag des Londoner Mietpreises
	London	Provinzstädte	
3	7.40	4.46	66 %
4	8.93	5.23	71 %
5	10.97	6.12	79 %
6	12.75	7.52	69 %

Von 1905 bis 1912 sind die Mietpreise in London um 4 Proz. zurückgegangen und in den Provinzstädten sind sie durchschnittlich um 1,2 Proz. gestiegen. Die Mietpreissteigerung war auch in den Provinzstädten nicht allgemein; sie betraf vielmehr bloß 45 Städte, in 26 Städten waren die Mietpreise in den Jahren 1905 und 1912 gleich hoch und in den übrigen Städten ergab sich eine Verbilligung.

Die Preise der Kleidung sind von 1905 bis 1912 gestiegen, und zwar im allgemeinen um 10-11 Proz.

Aus dem ganzen ergibt sich eine ziemlich bedeutende Verteuerung der Lebenshaltung der britischen Arbeiterklasse.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

I.

Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 war den auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der Arbeiterschaft nicht so günstig als die des Jahres 1911. Die langwierigen Balkanwirren und die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage und des Geldmarktes übten ihre ungünstige Wirkung auch auf das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen Anzahl wichtiger Industrien stante der Geschäftsgang erheblich ab, der Grad der Arbeitslosigkeit verschärfte sich und ein härteres Angebot von Arbeitskräften machte sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Vergleicht man die Ergebnisse der Statistik der Gewerkschaften über: „Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912“ mit

den Zahlen der vorjährigen Statistik, so will es scheinen, als wenn die ungünstigere wirtschaftliche Lage von keinem Einfluß auf die Zahl und den Umfang der wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft war. Es ist vielmehr zahlenmäßig eine Vermehrung der Bewegungen wie auch der daran beteiligten Personen zu konstatieren. Es fanden statt insgesamt 9961 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen zusammen 1 254 358 Personen beteiligt waren. Für 1911 wurden 9670 Bewegungen mit 1 011 669 Beteiligten gezählt, so daß das Jahr 1912 ein Mehr von 291 Bewegungen und 242 689 Personen aufweist. Bei diesem Zahlenverhältnis muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große Bergarbeiterstreik ausbrach, an welchem vom Bergarbeiterverband allein 237 732 Personen beteiligt waren. Steht man von diesem Kampf als eine Ausnahmeerscheinung ab in dem Sinne, daß eine solche erhebliche Teilnahme von Personen eines Berufes an den wirtschaftlichen Kämpfen sich nicht alljährlich wiederholt, so ist die verbleibende Zahl der Beteiligten der des Jahres 1911 annähernd gleich. Auf die Zahl der stattgefundenen Bewegungen übt dagegen der Bergarbeiterverband insofern keinen Einfluß aus, als der Verband denselben, obwohl er sich auf 289 Orte erstreckte, nur als vier Fälle zählt, und zwar nach den hauptsächlich davon betroffenen vier Bundesstellen.

Von den 9961 Bewegungen des Jahres 1912 verließen 7136 = 71,6 Proz. (1911: 69,9 Proz.) mit 774 769 Beteiligten = 61,8 Proz. (1911: 67,9 Proz.) ohne Arbeitseinstellung. In 2825 Fällen kam es zu Kämpfen, an denen 479 589 Personen durch Arbeitseinstellung beteiligt waren. Der Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen 1911 um 1,7 Prozent gestiegen. Seit dem Jahre 1905, in welchem zum ersten Male die Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt wurden, hat sich der Anteil dieser Bewegungen an den Gesamtzahlen ständig gesteigert.

1905 verließen 56,1 Proz. aller Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und erhöhte sich bis 1912 dieser Satz um 15,5 Proz. In diesem Verhältnis drückt sich nicht allein die wachsende Macht der Gewerkschaften aus, sondern es legt auch Zeugnis davon ab, daß es den Arbeitern nicht in erster Linie auf die Führung von Streiks ankommt, wie die Scharfmacher fortwährend behaupten, um Stimmung für eine Erdrosselung des Koalitionsrechtes zu machen, sondern auf die notwendige Verbesserung ihrer Lebenslage. Erst dann greifen die Arbeiter zu dem Mittel des Streiks, wenn eine friedliche Verständigung über Differenzen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an dem Starrsinn des Unternehmers scheitert.

Die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung verursachten eine Gesamtausgabe von 11 733 749 M. Die Kosten stehen hinter denen des Jahres 1911, in welchem sie 16 272 313 M. ausmachten, um 4 538 564 M. zurück.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6304 unternommen, um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. An diesen Bewegungen nahmen 736 407 Personen teil. 832 Bewegungen mit 38 362 Beteiligten wurden dagegen durch das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hervorgerufen. 1911 erfolgten 5868 Angriffsbewegungen mit 662 425 Beteiligten und 888 Abwehrbewegungen mit 23 991 Beteiligten. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1911 um 436 und die der Beteiligten um 73 982 gestiegen. Abwehrbewegungen haben zwar 56 weniger stattgefunden, indes hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen um 14 371 vermehrt.

Der Erfolg der Angriffsbewegungen entspricht annähernd dem im Jahre 1911 erreichten. Sie waren in 4612 Fällen = 73,8 Proz. (1911: 76,9 Proz.) mit 511 232 Beteiligten = 69,4 Proz. (1911: 67,3 Proz.) erfolgreich und in 1512 Fällen = 24,0 Proz. (1911: 20,1 Proz.) mit 20 558 Beteiligten = 27,9 Proz. (1911: 25,7 Proz.) teilweise erfolgreich. Gegenüber dem Jahre 1911 ist der Prozentsatz der erfolgreichen Bewegungen zwar um 3,1 geringer, dagegen ist jedoch der Prozentsatz der daran Beteiligten ein höherer. Das Verhältnis der mit teilweise erfolgreich beendeten Bewegungen ist sowohl bei den Fällen wie auch bei den Beteiligten ein günstigeres. Die Abwehrbewegungen verlaufen, soweit dabei die erfolgreichen in Frage kommen, günstiger, die mit teilweise erfolgreich beendeten ungünstiger als 1911. Sie endeten in 676 Fällen = 81,2 Proz. (1911: 79,5 Proz.)

mit 36 477 Beteiligten = 95,1 Proz. (1911: 88,0 Proz.) erfolgreich und in 73 Fällen = 8,8 Proz. (1911: 10,5 Prozent) mit 982 Personen = 2,6 Proz. (1911: 8,7 Proz.) teilweise erfolgreich.

Die Anaristbewegungen nebst der Zahl der daran beteiligten Personen nehmen 1912 die höchste Stelle ein. Die Zahl der Abwehrbewegungen ist zwar seit 1909 zurückgegangen, die gegen das Vorjahr wieder stark vermehrte Zahl der Beteiligten zeigt aber, wie sehr die Arbeiter bemüht sein müssen, ihre Organisationen immer weiter zu stärken, um die Neigung der Unternehmer, ungünstige Konjunkturen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunutzen, erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erforderten eine Ausgabe von 247 384 Mk., 1911 wurden dafür 209 407 Mk. aufgewendet; es trat somit eine Erhöhung dieser Kosten um 37 977 Mk. ein.

Beeinflusst von dem umfangreichen Bergarbeiterstreit, den wir bereits erwähnten, bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher Weise der Bergarbeiterstreit auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Bergarbeiterstreit entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit vier Streikfällen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914) und die Zahl der daran beteiligten Personen 479 589 (1911: 325 233). Es haben demnach gegen das Vorjahr 89 Kämpfe weniger stattgefunden, indes die Zahl der Beteiligten um 154 356 gestiegen ist. Rechnet man von der Gesamtzahl der Personen die 23 732 Beteiligten des Bergarbeiterverbandes ab, so wäre entsprechend der verminderten Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befanden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 680).

Der Rückgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Streiks; Ausperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vorgekommen. Es wurden geführt 1543 Angriffstreiks (1911: 1705) und 926 Abwehrstreiks (1911: 1002); Ausperrungen erfolgten 336 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kommen 352 090 (1911: 169 657) auf die Angriff- und 45 480 (1911: 42 239) auf die Abwehrstreiks. Von den Ausperrungen wurden 82 069 (1911: 113 357) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 262 Angriff- und 76 Abwehrstreiks weniger geführt, während die Zahl der Ausperrungen um 149 stieg. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum im Jahre 1912 eine stärkere Angriffslust vorhanden war, während sich die Arbeiterkraft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt; Symptome, die mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem stärkeren Andrang von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt im Einklang zu stehen scheinen. Allerdings wird die Annahme einer stärkeren Angriffslust der Unternehmer wieder eingeschränkt durch die um 31 258 gesunkene Zahl der Ausgesperrten, danach waren die Ausperrungen nicht so umfangreich als im Vorjahre. Auch die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten ist um 3161 geringer, was der geringeren Zahl dieser Kämpfe entspricht. Die um 183 343 gestiegene Zahl der Beteiligten bei den Angriffstreiks läßt, aus den schon erwähnten Gründen, allgemeine Schlussfolgerungen nicht zu.

Der prozentuale Anteil der Angriffstreiks an den Gesamtkämpfen ist seit dem Vorjahr von 32,5 auf 34,6 Prozent und bei den Abwehrstreiks von 34,4 auf 32,8

Prozent zurückgegangen. Der prozentuale Anteil der Ausperrungen ist dagegen von 7,1 auf 12,6 Proz. gestiegen.

Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 = 61,7 Proz. (1911: 65,3 Proz.) erfolgreich, 458 = 16,4 Prozent (1911: 15,3 Proz.) teilweise erfolgreich und 638 = 19,9 Proz. (1911: 19,0 Proz.) erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 45 mit 3982 Beteiligten waren am Jahreschluss nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfielen 1912 3,6 Proz. erfolgreich beendete weniger. Der Prozentfuß der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gestiegen und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Infolge des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterstreiks sind die prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahre, was sich in ganz besonderer Stärke bei den Angriffstreiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb allgemeine Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 134 798 = 28,4 Proz. (1911: 33,8 Proz.), teilweisen Erfolg 60 091 = 12,6 Proz. (1911: 39,9 Proz.) und keinen Erfolg 274 979 = 57,8 Proz. (1911: 19,9 Proz.).

Von den an den Kämpfen 1912 insgesamt beteiligten Personen waren 303 115, darunter 20 851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Davon gehörten beim Beginn des Kampfes 245 663 männliche und 18 618 weibliche Personen der Organisation an. Von diesen organisierten Personen waren 188 852 männliche und 9913 weibliche schon sechs Monate vor Beginn des Kampfes Mitglieder ihres Verbandes. Verheiratet waren 157 677 männliche und 7474 weibliche Personen. Die in den Streiklisten Verzeichneten hatten insgesamt 320 122 Kinder unter 14 Jahre zu erziehen.

Für 304 979 Personen konnte der bei den Kämpfen erfolgte Anfall an Arbeitsstunden und Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 1476 818 Tage und der Anfall an Verdienst 21 144 439 Mark. Die weiblichen Personen sind an diesen Zahlen beteiligt mit 468 522 Arbeitsstunden und einem Verdienstaussfall von 1 021 686 Mk.

Zur Frage der Arbeitsvermittlung.

Die Frage der Arbeitsvermittlung hat nicht nur bei unseren Tarifverhandlungen und in unserer Organisation in den letzten Jahren eine Rolle gespielt, alle andern Verbände sind in gleicher Weise mit der Frage beschäftigt. Auch in der nächsten Zukunft wird die Frage kaum zur Ruhe kommen. Sie wird viel diskutierter und bei ihrer großen Bedeutung ist es wohl kein Schaden, über die Vermittlung der Arbeitskraft einige grundlegende Betrachtungen anzustellen.

Die Frage der Arbeitsvermittlung für die Arbeiter ist zugleich die Frage der Vermittlung der Arbeitskraft für die Unternehmer. Auf der einen Seite läßt sich der Arbeiter Arbeit vermitteln, auf der andern Seite verlangt der Unternehmer, oder der Besitzende allgemein, Arbeitskraft. Die Frage der Vermittlung der Arbeitskraft ist also für beide Teile, für den Käufer und den Verkäufer der Arbeitskraft, gleich wichtig.

Wenn wir einen Blick zurück in frühere Epochen der Menschheit, wie man sich mit der Vermittlung der Arbeitskraft abgefunden hat, so könnten wir den Anfang fast in die Urzeit zurückverlegen. Schon im grauesten Altertum hat man Arbeitskraft so notwendig gebraucht wie heute und die Menschheit hielt es immer für vorzuziehender, fremde Arbeitskraft anzubringen, als sich mit der eigenen Arbeitskraft abzumühen. Die Kollektivarbeit war die Voraussetzung für den Aufstieg der Menschheit. Immer war die fremde Arbeitskraft ein geschätzter Artikel, deren Wert je nach Angebot und Nachfrage, ähnlich wie andre Ware, gestiegen und gefallen ist. Einen freien

Arbeiter kennt die Vergangenheit zwar nicht, es waren Zwangsarbeiter; man spricht nur von den Sklaven und Hörigen, vergißt aber dabei, daß es diejenigen waren, die die Werte erzeugten, daß sie die Klasse der damaligen Arbeiter darstellten. Sie verrichteten jene Arbeit, die heute vom Lohnarbeiter verrichtet wird.

Die Kriege der frühesten Epoche waren Raubkriege, die dem einzelnen Teilnehmer mehr oder weniger Vorteil brachten. Man nahm mit, was man erhalten konnte und wo man Verwendung dafür hatte, raubte man auch Menschen, hauptsächlich um ihrer Arbeitskraft willen. Man führte die Geraubten in die Gefangenschaft und zwang sie zur Arbeit. Dieser Raub der Arbeitskraft hat sich durch alle Zeitepochen hindurch erhalten, bis in die neueste Zeit, wenn auch die äußere Form eine andre geworden ist. Es sei hier nur an die Sklavenjagden erinnert, wo Tausende entführt und zur Arbeit für andre gezwungen wurden. Bei den heutigen Kolonialkriegen handelt es sich zumeist ebenfalls um die Frage der Vermittlung von Arbeitskraft. Man nimmt ihr Weg-vernichtet ihre stärksten Ernten und zwingt sie so, ihre Arbeitskraft zum Verkauf herzugeben.

Das gleiche Rezept, das man für die Eingebornen gefunden hat, wendet man ja bekanntlich bei allen Lohnarbeitern an; man läßt sie nur soviel verdienen, daß sie eben leben, aber keinen Vorrat an Existenzmitteln sammeln können, damit sie immer und immer wieder gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zum Verkauf anzubieten.

Der Raub der Arbeitskraft, sicherlich eine sehr einfache Art dazu zu kommen, ließ sich jedoch nur anwenden, wo die Beteiligten, die die Arbeitskraft brauchten, die Stärkeren waren. Das trifft auch heute noch zu, denn Zwangsbestimmungen für die Arbeiter lassen sich nur durchsetzen, wenn die besitzende Klasse und ihre Helfershelfer, die Regierungen, noch die Stärkeren sind. Je kostbarer die Arbeitskraft war, je vorsichtiger wurde mit ihr umgegangen und je vorsichtiger war auch die Vermittlung. Länder, die sich in der Entwicklung befanden, importierten brauchbare Arbeitskräfte und wandten dafür hohe Summen auf. Es wurde freie Ueberfahrt in überseeische Länder gewährt, Länderreisen wurden verschönt usw., nur um sich genügend mit Arbeitskraft zu versehen. Um die Arbeitskräfte im Lande zu erhalten, hatte man fast bis in unsere Zeit die Freizügigkeit verboten; schlimm war es in dieser Hinsicht im Mittelalter, während der Zeit der Hörigkeit, keiner durfte ohne Erlaubnis den Ort oder den Bezirk verlassen. Die besitzende Klasse und mit ihr die Regierungen, machten alle Anstrengung, die kostbare Arbeitskraft und damit natürlich auch den Arbeiter zur Ausbeutung zu behalten.

Aber die Situation blieb nicht so. Die Arbeitskräfte vermehrten sich von Jahr zu Jahr und man sorgte ja reichlich dafür, daß sie sich vermehren und mit der Vermehrung der Arbeitskräfte sank auch der Wert dafür. Waren im frühen Mittelalter die Arbeitskräfte noch sehr begehrt, so daß der Meister nach der Junkfuhde kam und die Gesellen antwort, sie mit Speise und Trank für sich zu gewinnen suchte, so ließ diese Zeit bald nach. Auch die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen stellten sich zu gewissen Zeiten auf dem Markte auf und wurden dort von den Bauern und Grundherren gemietet, wobei ihnen Speise und Trank reichlich gewährt wurde. Die Ausbeuter von damals waren eben noch froh, Ausbeutungsobjekte zu finden. Die Frage der Arbeitsvermittlung war in der späteren Zukunft sehr wohl geregelt. Meister und Gehilfen, die zünftig sein wollten, mußten sich an- und abmelden, die Gesellen wurden ein- und ausgeschrieben, ja es war vorgeschrieben, wieviel Lehrlinge und Gesellen gehalten werden durften. Aber alle diese Schranken und Fesseln wurden durch das immer größere Anwachsen der Reservearmee illusorisch gemacht.

Mit der Vermehrung der Arbeitskräfte ließ diese Vermittlung immer mehr nach, es kamen nicht mehr die Meister, die Unternehmer, die Käufer der Arbeitskraft, es mußten sich die Verkäufer, die Arbeiter, um Arbeit

Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

I.

An der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat die englische Arbeiterbewegung eine außerordentlich interessante Entwicklung durchgemacht, die ein reiches Material der Anhänger der Sozialdemokratie und auch eine stärkere Erklärung in der Arbeiterbewegung zeigt, wie sie in der Art wieder nicht wiederkehrt ist in der englischen Arbeiterbewegung. Es ist ein interessantes Geschichtsbild, das uns eine Zeit vorführt, in der die Arbeiterbewegung in unruhigen Tönen nach wahren Plänen und Ideen in den verschiedenen Arbeitergruppen hin und her getrieben wurde bis zum vollständigen Zusammenbruch.

George J. Beer, der lange Zeit in England lebt, hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in seinem Werk „Geschichte des Sozialismus in England“ ein eingehendes, mit vielem wichtigen Material ausgearbeitetes Kapitel dieser so wichtigen Epoche der Arbeiterbewegung in England zu geben, wie es bisher noch nie in deutscher Sprache dargestellt wurde.

Die Chartistenbewegung hat ihre Bezeichnung nach einem Programm „Charter“, das in kurz zusammengefaßter Form die politischen Forderungen der Arbeiter darstellte, insbesondere Gleichberechtigung in der parlamentarischen Stimmabgabe forderte. Das englische Parlament bestand bis 1832 fast ausschließlich in den Händen der Grundbesitzer, die diese Macht durch Einführung der Reform des Arbeitermassen ausüben wollten und zur Verhinderung der frühen sozialen Reformen in welchen sich die englischen Arbeiter bekehrten, nicht unterließen. An der Abänderung dieses Gesetzes wurde nicht nur die Arbeiter, sondern auch die englische Bourgeoisie interessiert. Im Jahre 1832 gelang es, das Wahlrecht zu erweitern, die Reform des Wahlrechts wurde durchgesetzt, während die Arbeiter die soziale Gleichberechtigung nicht erlangten, daß ihre Forderungen mit dem neuen Parlament nicht abgelehnt wurden.

* George J. Beer, Die Chartistenbewegung, Preis 40 Mk. Das Werk ist in keiner Arbeiterbibliothek zu finden.

Bei dem Verjagen des politischen Erfolges für die Arbeiterklasse bei den Wahlen trat nun eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ein, in der die Stimmung gegen die politische Aktion viel Anhang gewann und schließlich auch als Kampfmittel für die Arbeiterklasse der Generalstreik eine Rolle spielte. Es ist hier nicht möglich, ausführlich das sehr interessante, den Leser bei der Lektüre geradezu fesseln Kapitel aus der Schrift des Gelehrten Beer wiederzugeben, nur einige wichtige Ereignisse haben wir heraus. Wir werden in die Ideen, die den Schöpfer von Beer bewegten, schon im Jahre 1831 die allgemeine Arbeitseinstellung zu propagieren, am besten eingeleitet durch folgende Argumente:

„Das schlimmste Produkt der Unwissenheit besteht in der Annahme, daß andre Leute das für uns tun würden, was wir selber für uns tun müßten. Es ist reiner Wahnsinn, wenn Arbeiter von ihren Herren verlangen, die Rolle der Besetzten zu übernehmen.“

Die Arbeiter müssen sich selber befreien. Und wenn die Arbeiter dies begreifen, so werden sie kämpfen. Von Bat Fulsler bis Thistlewood gingen die Blutzugen aus dem Kolle hervor.

Wie aber kann das Volk zu diesem Wissen und zu einheitlicher Aktion gelangen?

Durch die Proklamierung eines Ruhemonats; durch die Niederlegung der Arbeit. Man sagt uns, wir leiden an Ueberproduktion. Gut. Hören wir auf zu produzieren. Die Herren werden dann bald erfahren, daß Arbeit von Gütern kein Uebel ist. Man sagt uns, wir leiden an Ueberbevölkerung. Gut. Zählen wir uns; erfahren wir, wie stark die Arbeiterarmee und wie gering die beschränkte Nahrung ist. Schon der Akt der Arbeitseinstellung durch die Massen wird letzteren das Bewußtsein ihrer Macht, die Größe der einheitlichen Aktion zeigen. Der Ruhemonat muß, um für die Arbeiter nützlich zu sein, in einem Kongressmonat der Arbeiter werden: ein Volksmonat zum Zweck der sozialen Bilanzprüfung; ein Nationalkongress, um die Despotie in die Flucht zu schlagen.

Die der Fiermonat ausgereizt wird, müssen Vorbereitungen hierzu getroffen werden. Jede Ortsgesellschaft wählt ein Komitee, das die Agitation leitet und die Massen über Zweck und Bedeutung des Fiermonats und des Kongresses aufklärt.

Jede Arbeiterfamilie soll sich mit Lebensmitteln auf eine Woche versehen, auf länger ist nicht nötig. Ist die

Arbeiterklasse nur eine einzige Woche einig und zielbewußt, so wird sich dann schon alles finden.“

Neben den Befürwortern des Streiks, der schließlich im letzten Ergebnis zur Anwendung von Gewaltmitteln führen sollte, gab es auch Anhänger einer sanfteren Form. So erklärte 1833 ein Glasgower Arbeitermeeting:

„Nicht eine Insurrektion wird es sein, sondern ein passiver Widerstand; die Arbeiter werden ihre Ruhe genießen. Es gibt kein Gesetz und es kann keines geben, das sie zwingen könnte, gegen ihren Willen in die Fabriken zu gehen. Sie können Spaziergänge machen, auf der Straße oder in den Feldern; sie werden sich nicht in gedrängten Massen den Flinten und Säbeln als Opfer darbieten, und zur Verlesung der Aufrührer wird es nicht kommen. Passivität wird genügen; eine arbeitslose Woche oder ein arbeitsloser Monat wird eine gute Lehre sein; die Wechsel werden nicht honoriert werden, das Geschäftsleben wird floden, die Londoner „Gazette“ wird lange Listen von Bankrotten bringen, die Staats-entnahmen werden ausbleiben, die ganze Regierungsmaschine wird in Konfusion geraten und Glied um Glied der Kette, die die Gesellschaft zusammenhält, wird sich lösen durch das passive Verhalten der Armen gegen die Reichen.“

Indes, es blieb zunächst bei Erörterungen in Versammlungen, in denen auch besonders in London, wo die Gewerkschaften bereits auf eine gewisse Höhe gelangt waren, viel Widerspruch gegen die Taktik geltend gemacht wurde. Es kam zu kleinen Gespänken, die kraftlos verliefen und mit einer außerordentlichen Härte wurden die Arrangeure des Streiks bestraft.

Rehr Bedeutung erlangte die Frage des allgemeinen Streiks, als die Chartistenbewegung auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt war, ohne doch zur Erlangung des gesteckten Zieles zu kommen.

Die Streitigkeiten über die Taktik in der Arbeiterbewegung schildert Beer wie folgt:

In der Frage des Endzwecks gab es drei Richtungen: eine war — wenigstens bis zum Jahre 1845, bis zum Zusammenbruch der letzten ökonomischen Kolonie — kommunikalisch und parlamentarisch; sie strebte nach der politischen Macht, um Großbritannien in eine bestimmte Zahl von kommunikativen Kolonien zu verwandeln, wobei vor allem die Vergesellschaftung des Grund und Bodens in Betracht kam. Diese Richtung herrschte bei den Proletariatsmassen Nordenglands vor. Die zweite war zwar in ihren sozialkritischen Voraus-

benutzen. Anfänglich wartete man auf den Kunststücken bis ein Arbeiter gebraucht wurde; waren keine Kräfte nötig, so wanderte man in andre Orte, um dort Arbeit zu finden. Um schließlich den Arbeitsmarkt von Arbeitskräften zu entlasten, führte man die Wanderpflicht ein. Man erschwerte den Zutritt zum Handwerk, machte Schwierigkeiten bei den Gesellen- und Meisterprüfungen usw., um sich die Arbeitskraft und Konkurrenz vom Hals zu halten. Man hatte am Ausgange der Kunstzeit so viele überflüssigen Arbeitskräfte, daß viele zu Bettlern wurden, andre ließen sich als Soldaten anwerben, oder selbst nach dem Auslande verhandelten. Mit der Entwicklung von Handel und Verkehr wurden neue Absatzgebiete erschlossen, für einzelne Artikel begann die fabrikmäßige Herstellung und das Verlangen nach Arbeitskräften wurde wieder rege. Diese Entwicklung setzte sich fort, so daß zeitweise alle Arbeitskräfte absorbiert waren. Die Werbung um die menschliche Arbeitskraft begann von neuem, große Scharen wanderten sich nach den Industriegebieten und bevölkerten diese Orte. Die Unternehmer hatten aber trotz großen Bedarfs an Arbeitskräften nicht mehr nötig, sich selbst um die Arbeitskraft zu bemühen, die Zeit des Umschauens war herangebrochen und die Arbeitslosen wanderten von Meister zu Meister, von Betrieb zu Betrieb, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Hatte die letzte Kunstzeit überhaupt nicht für alle Arbeitskräfte zu tun, so folgten in der sogenannten Manchezeit, den Perioden guten Geschäftsganges, schlimme Perioden der Krisen. Eine Erscheinung, die wir auch heute noch zu verzeichnen haben. Zeitweise waren alle Arbeitskräfte beschäftigt, dann wieder lagen hunderte beschäftigungslos auf der Straße und wußten nicht, wo sie den täglichen Unterhalt hernehmen sollten. In jene Zeit fallen die ersten Versuche zu einer Arbeitsvermittlung, wie wir sie heute kennen.

Man sah damals so gut wie heute ein, daß es ein Unsin ist, mit aller Kraft zu produzieren, alle Lager vollzustopfen und dann monatelang untätig zu sein, aber man fand bis heute keinen Weg, wie man diesen Uebelstand beseitigen sollte. Wir leben heute in einer anarchischen Produktionsperiode, wo sich niemand darum kümmert, was gebraucht wird, sondern es wird so lange produziert, bis nichts mehr verkauft werden kann, dann stellt man die Produktion ein, bis wieder Bestellungen eintreffen.

So oft eine solche Krise in der Fabrikation eintrat und tausende rühriger Arbeitshände fernern mußten, erhob sich die Frage, wie sollen diese Arbeitskräfte versorgt, wo sollen sie hingebacht werden. Man bringt hat man die Frage aber nie behandelt. Die Regierungen sind aus der Diskussion und der Beratung nie herausgekommen, die bestehende Klasse selbst hat sich um die Not der Arbeitslosen nur wenig gekümmert, unter den Arbeitskräften fehlte noch der Zusammenhalt und so blieb nur eine Anzahl Wohlhabenden übrig, die Vorschläge zur Abhilfe machten. Wie die Personen, die sich mit der Frage beschäftigten, so waren auch die Vorschläge. Auf dem Wege der Wohltätigkeit wollte man den feiernden Händen Arbeit vermitteln. Man schlug vor, größere Güter aufzukaufen und die Arbeitslosen dort in schlechten Zeiten zu beschäftigen. Andre wollten große Fabriken errichten und auf Vorrat arbeiten lassen, große zentrale Arbeitsnachweiskontoren sollten die Vermittlung der Arbeitskräfte über den ganzen Erdkreis besorgen, auch die Arbeitslosenunterstützung wurde in Erwägung gezogen. Alle diese Vorschläge kamen aber nicht zur Ausführung.

Wohl zeigen sich aus jener Zeit Ansätze zu einer kommunalen Arbeitsvermittlung, sie konnten aber zu keiner Entwicklung kommen, weil keinerlei Anreiz zu ihrer Benutzung vorlag. Bis heute ist ja die Entwicklung, wo solche Arbeitsnachweise vorhanden sind, die gleiche geblieben. Ist nichts zu tun, so melden sich zwar am Nachweiskontore die Arbeitslosen, aber es ist dort keine Verwendung für sie, weil keine Arbeitskräfte besteht

werden. Wird einmal einer gebraucht, so ist der Anlauf zu den Unternehmern so groß, daß sie keinen Arbeitsnachweis notwendig haben. Liegen aber die Verhältnisse umgekehrt, daß überall viel zu tun ist, so sind an dem betreffenden Orte auch keine Arbeitskräfte mehr vorhanden, die vermittelt werden könnten. So hat ein Arbeitsnachweis, bei dem es den Parteien freisteht, ihn zu benutzen oder nicht, nur problematischen Wert. Verschiedene wohlthätige Unternehmungen versuchten die Frage dadurch zu lösen, daß sie den Arbeitslosen einige Zeit Unterkunft gewährten, ihnen gegen ganz geringe Vergütung Arbeitsgelegenheit boten und versuchten, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess hineinzubringen. So hat sich neben andern Körperchaften z. B. auch die Heilsarmee mit der Arbeitslosenbeschäftigung und Arbeitsvermittlung bis heute beschäftigt. Diese Hilfe hat aber für die Arbeiter nicht nur keinen Nutzen, sondern Schaden gebracht. Zunächst einmal trat die Heilsarmee durch ihre Beschäftigung als Unternehmer auf, das heißt, sie versuchte aus den Arbeitslosen durch die Beschäftigung einen Mehrwert herauszupressen, gewährte ihren Schülern kaum den Naturallohn und vermittelte ihre Leute gewöhnlich in die schlechtest entlohnten Plätze. Solche Körperchaften haben ja mit ihren Einrichtungen kein neues Absatzgebiet geschaffen, keine neue Arbeitsgelegenheit gewonnen, sondern andern Arbeiterkategorien die Arbeit und damit auch den Verdienst weggenommen. Die Frage, wie sollen bei sogenannten Notstandsarbeiten die Arbeiter entlohnt werden, spielt auch heute noch bei Erörterung der Frage in Staat und Kommunen eine große Rolle. Man vertritt vielfach die Meinung, daß bei Notstandsarbeiten nur ein geringer Lohn bezahlt werden kann, verlangt aber dabei, daß man dadurch das allgemeine Lohnniveau herabdrückt. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt müssen wir uns entschieden dagegen wenden. Eine Reihe anderer Wohlfahrtsunternehmungen, Vereine zum Schutze von Straftätern, Ferienkolonien und andre haben sich mit der Arbeitsvermittlung beschäftigt, aber auch sie konnten das Problem der Arbeitslosenversorgung und der Arbeitsvermittlung nicht lösen. Auch andre religiöse Gemeinschaften vermittelten Arbeitskräfte, so die Herbergen zur Heimat, die Schwesterherberge usw., wie es sich zum Teil bis heute erhalten hat. Ihre Einrichtungen beruhen in der Hauptsache auf der Grundlage, die besitzende Klasse zu schützen, sie wollen die Arbeitslosen davor bewahren, daß sie Diebe oder Raubmörder werden. Es soll den Hungernden und Obdachlosen Gelegenheit gegeben werden, das nackte Leben zu fristen, man tröstet sie mit allerlei Bibelsprüchen, daß alles Gottes Fügung sei und wenn sich schließlich ein Ausbeuter findet, der ein ganz billiges und williges Ausbeutungssubjekt braucht, wird einer der Schutzbefohlenen vermittelt, mit der Mahnung, in der neuen Stelle ja auszuharren und sich möglichst ausbeuten zu lassen, so lange es der Unternehmer für gut befindet.

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit haben sich selbst die Regierungen zum Teil veranlaßt, die vom Kapital schuldlos Herausgeworfenen zu unterstützen. Die Zahl der arbeitslosen und reisenden Handwerker wurde in Zeiten der Krisen sehr groß und bildete nach Meinung der besitzenden Klasse eine ständige Gefahr für deren Sicherheit und für ihr Eigentum; man wollte also auch etwas tun, nur durfte es nicht viel kosten. So kam man denn auf die Idee, Verpflegungssationen zu errichten. Die Gemeinden sollten den wandernden Arbeitern Essen und Nachtlager gewähren, wenn sie sich verpflichteten, ein gewisses Arbeitsquantum für die Gemeinde zu verrichten. Die Verpflegung sollte im Anschluß an den Arbeitsnachweis erfolgen, erst wenn an dem Orte keine Arbeit zu erhalten war, sollte der Verpflegungsschein ausgehändigt werden. Gleichzeitig wurden diese Verpflegungssationen als Fleckgelegenheit von der Gendarmerie benutzt, so daß sich diese Einrichtung keineswegs einer besonderen Sympathie bei der wandernden Arbeitererschaft erfreute. Alle diese Versuche, die Arbeits-

vermittlung in irgend eine brauchbare Bahn zu lenken, erwiesen sich als unzureichend.

So blieb bis heute die Frage der Vermittlung der Arbeitskraft offen und kann von einer Regelung keine Rede sein.

Daß dort, wo sich Staat, Gemeinde und private Wohltätigkeit erfolglos versuchten, auch die Spekulation nicht ausblieb, versteht sich fast von selbst. Es fanden sich Geschäftsmacher genug, die die Frage der Arbeitsvermittlung für ihre persönlichen Zwecke ausnützten. In allen Orten entstanden, nicht nur einzeln, sondern massenhaft, private Stellenvermittlungsbureaus, die sich bald mit mehr, bald mit weniger Glück darin versuchten, für die Beschäftigungslosen Arbeit zu finden. Gegen dieses Bemühen wäre ja an sich nichts einzuwenden, wenn sich der Stellenvermittler nicht hohe Gebühren für die Arbeitsvermittlung zahlen ließe und so den unglücklichen arbeitslosen Opfern oft noch das letzte Drei-Markstück abgetropft würde. Für viele Unternehmungen waren die Einschreibgebühren schließlich die Hauptsache, während ihnen die Arbeitsvermittlung Nebenfache blieb. Die Auswüchse in der privaten Arbeitsvermittlung wurden schließlich so groß, daß die größten Schäden einzubämmen. Für die ausgebildeten Industriearbeiter hatte die private Stellenvermittlung weniger Bedeutung, sie kannten den Arbeitsmarkt immerhin soweit, daß sie sich durch Lockungen nicht fangen ließen. Trotzdem dürfen wir nicht verkennen, daß auch für die Industrie die private Arbeitsvermittlung eine gewisse Rolle spielt, wenn auch die erwerbsmäßige Stellenvermittlung dabei ausgedehnt ist. Es ist wiederholt bekannt geworden, daß diejenigen, die in den Betrieben über die Einstellung und Entlassung der Arbeitskräfte zu verfügen haben, sich Geld und Weichen geben ließen, um bekannte Arbeiter in die Betriebe zu bringen, oder ihre Entlassung zu verhindern. Solche Vermittlungsgeschäfte vollziehen sich zwar gewöhnlich unter dem Ausfluß der Dessenlichkeit, sie sind aber sehr zahlreich und unterbinden eine geordnete Arbeitsvermittlung. Bei größeren Betrieben wissen die Arbeiter gewöhnlich sehr genau, wer die Fäden in den Fingern hat und wie es am besten gelingt, dem Gewaltigen beizukommen, um Beschäftigung zu erlangen.

Schlimmer sind jene Berufsstände gestellt, für die der Kleinbetrieb maßgebend ist. Die gesamten Hausangestellten, einschließlich des Hotel- und Restaurationspersonals, werden fast alle noch durch Private vermittelt und welche ungeheuren Mißstände hier bestehen, darüber wissen die Zeitungen fortgesetzt zu berichten. Auch sonst wird für die Kleinbetriebe sehr viel unter der Hand vermittelt. Der eine Arbeiter macht seinen bekannten Nebenkollegen auf die Arbeitsstelle aufmerksam. Allerdings ist bei dieser Vermittlung unter den Arbeitskollegen die Bezahlung prinzipiell nicht üblich, obwohl sich der Vermittler dem Vermittler auch hier häufig erkenntlich zeigt. Täglich finden wir in den Tageszeitungen Annoncen, in denen es heißt: „Wer vermittelt einem . . . gegen eine Vergütung von 5 oder 10 Mk. eine Stelle als . . . usw.“ und die Arbeitsvermittlung, die auf diese Weise getrieben wird, ist gewiß nicht gering.

Wir erheben aus dieser Darstellung, daß die Vermittlung der Arbeitskraft die verschiedensten Stadien schon durchlaufen hat und daß die Frage durchaus nicht so leicht für alle Arbeiterkategorien zu lösen ist.

Der Parteitag.

In der Zeit vom 14. bis 21. September hielt die sozialdemokratische Partei in Jena ihren Parteitag ab. Die reichhaltige Tagesordnung brachte neben anderem verschiedene Fragen zur Diskussion, die nicht nur die Parteimitglieder, sondern in gleichem Maße alle organisierten Arbeiter angehen.

Jeungewerkschaftlich, aber sie strebte nach der politischen Macht, um mit ihrer Hilfe freie Bahn zu schaffen für Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen, politische Organisation, Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen, um diese zu befähigen, das Land im sozialistischen Sinne umzuwälzen. Um diese Gedanken scharte sich die Arbeiterintelligenz Londons und Schottlands, die höchstwahrscheinlich nicht mehr als zehn Prozent des britischen Proletariats bildet. Die dritte Richtung war eine gewerkschaftliche, die die naturrechtliche Theorie verfolgte, daß dem Arbeiter der volle Ertrag seines Schaffens gebührt, und in der Praxis die Forderung stellte: einen anständigen Lohn für einen anständigen Arbeitstag. Zu einer klaren Scheidung dieser Richtungen ist es nie gekommen. Ausgenommen in den Jahren 1833 und 1834, in denen die ökonomische Aktion im sozialistischen Sinne mit aller Schärfe hervortrat, waren die organisierten Arbeiter und die Chartisten der Ansicht, daß die Grundbedingungen zur Befreiung aus der Lohnsklaverei in der Eroberung der politischen Macht liegt und daß deshalb alle Energien auf dieses Mittel zu konzentrieren sind. Der parlamentarisch-demokratische Gedanke beherrschte die Bewegung so vollständig, daß er ihr den Namen gab. Die Bewegung erhielt den Namen Chartismus von ihrem demokratischen Programm: dem Volksscharten, der im Jahre 1837 bis 1838 vom Londoner Arbeiterverein angeregt und vom Tischler William Lovett verfaßt wurde. Der Volksscharten war nicht weiter als ein trockener, klar geschriebener Gesetzentwurf, der folgende sechs Punkte in Form von Abschnitten und Paragraphen enthielt: 1. allgemeines Wahlrecht, 2. gleiche Wahlkreis-einteilung, 3. Abschaffung des Jureis für Parlamentarierkandidaten, 4. einjährige Legislaturperioden, 5. geheime Abstimmung, 6. Diäten für Parlamentariermitglieder.

Im Jahre 1839 wurde eine Petition für diese Volksscharte in Umlauf gesetzt, die im ganzen Lande eine große Zahl von Unterschriften erlangte. Gleichzeitig trat in London ein Volkssparlament, an dem Delegierte aus den Hauptstädten der Bewegung teilnahmen, zusammen, in dem die Frage der Taktik aufs heftigste diskutiert wurde. Den besonnenen Einwänden, daß die Organisation der wichtigste Faktor der Bewegung sein muß, setzte die Wochenchrift „London Democrat“ folgende anarchische Phrasen entgegen:

„Organisation wird's nicht tun. Nicht die organisierten Massen werden den Sieg bringen. Nein, nein!

Der Sieg hängt ab von den Taten jener freudlosen Wesen, die kein Heim haben, sich vor Unwetter zu schützen, keine Nahrung, um sich satt zu essen, keine Kleidung, um sich warm zu halten oder anständig anzuziehen, kein Mittel, um dem Leben einen Wert zu verleihen. Der Kampf wird ausgefochten werden von denjenigen, die von den Geseßen ausgestoßen wurden, die Schlacht wird ausgefochten werden durch Briganten, wie man diese Menschen nennt.“

Das Volkssparlament vertagte sich, um nach Birmingham zu gehen und hier angefeuert von O'Connor, dem Führer der Bewegung, alle Einwände gegen den Generalfreist in den Wind zu schlagen. Der Konflikt war unvermeidlich, die Arbeiterschaft von Birmingham ging auf die Straße, die aber vom Militär beherrscht wurde. Der militärische Gewalthaber, Kapier, der in dem Geruch stand, mit den Chartisten zu sympathisieren, schrieb im Hinblick auf die Beschlüsse des Volkssparlamentes:

„Die Chartisten sagen, sie werden den heiligen Monat halten. Grenzenlose Dummheit! Nichts werden sie halten. Die Arbeiter haben keine Mittel, um in die Ferien zu gehen. Sie werden plündern und zu zuroerten gepängt werden. Die Chartisten werden sich über diese Fragen spalten, oder wenn sie das feiern dennoch versuchen, sind sie verloren. . . Sie reden von physischer Gewalt. Karren! Wir haben die physische Gewalt, nicht sie. Sie erzählen, sie haben 100.000 bewaffnete Männer. Aber wie sollen diese sich in Bewegung setzen, wenn ich zwischen ihren Abteilungen mit der Kavallerie herumtanzte und sie mit Kanonen geschossen überschütte? Was können die 100.000 Mann mit ihren Piken und allen Flinten ausrichten gegen meine Granaten, die heulend, sengend und zerretzend wie feurige Bluthur unter ihnen wüten werden?“

Der Abschluß der Bewegung artete in eine wüste Revolte aus, die blutig unterdrückt wurde und zahlreiche Teilnehmer auf Jahre ins Gefängnis brachte.

Dennoch, der Generalfreist wurde in London, wohin das Volkssparlament wieder überfiedelte, weiter diskutiert. Die Delegierten Keesom, Stevington und Dr. Fletcher versicherten, daß Bury, Loughborough, Gloucester, Worcester und Somerset den Generalfreist wünschten. James Taylor (Nochdale) opponierte:

„Angesichts der überragenden Wichtigkeit des zur Diskussion stehenden Gegenstandes frage ich: Was ist die

Bedeutung der allgemeinen Ferien? Sollen wir alle Arbeiten einstellen? Wenn ja, haben wir Brot für einen ganzen Monat gemahlen? Ist das Getreide für einen ganzen Monat gemahlen? Ich bestreite das. Die Arbeiter von Rochdale sagen mir, es gibt keine Nahrungsmittel für zwei Wochen in Süd-Lancashire. Die Maßregel, über die wir debattieren, ist von so weittragender Bedeutung, daß ein Mißerfolg unsre ganze Bewegung töten würde. Das Volk würde uns alle Karren und Bösewichte betrachten. Wir müssen aber nicht nur die Ausführbarkeit dieser Maßregel in Erwägung ziehen, sondern auch die Folgen. Man sagt uns, der Generalfreist bedeutet eine unblutige Revolution. Diejenigen, die uns das sagen, wissen besser: sie wissen, daß er zu Blutvergießen und Plündern führen muß. Aus meinen Ausführungen darf indes nicht geschlossen werden, daß ich absolut gegen den Generalfreist wäre. Ich möchte nur im Vorhinein wissen, ob der Schritt wohlüberlegt sei und was wir gewinnen, wenn er erfolgreich ist, und was wir verlieren können, wenn er mißlingt. Obgleich ich der Ansicht bin, daß ein Generalfreist unausführbar und töricht ist, so bin ich gerne bereit, mich durch Gründe vom Gegenteil überzeugen zu lassen.“

Burns, der zu der von Dr. Taylor vorbereiteten Beredsamung gehörte, rief: „Es hat keinen Zweck, jetzt Halt zu rufen. Was wir auch nunmehr tun mögen, setzen wir uns Gefahren aus. Der Zweck des Generalfreists ist den herrschenden Klassen zu Gemüte zu führen, daß, wenn wir die Arbeit niederlegen, die Regierung auch das Staatsruhr niederlegen muß und allen Profit, machen die Profitquelle verstopft wird.“

Diesem antwortete William Carpenter: „Je mehr ich von der Bedeutung des Generalfreists überzeugt werde, desto größer wird meine Verlegenheit. Meine Kritik setzt mich zwar der Gefahr aus, furchtbar oder gar feige, wenn nicht noch schlimmeres genannt zu werden, aber ich glaube, es gehört jetzt mehr Mut dazu, gegen den Generalfreist zu sprechen, als ihm zuzustimmen. Es ist besser, sich Beschimpfungen auszuweihen, als sich blindlings von der Strömung mitreißen zu lassen.“

Die schärfere Tonart fand in den Massen sehr viel Anklang und so fanden am 12. August große Unruhen und Versammlungen statt, die in einigen Ortschaften mit Tumulten endeten. Das schärfere Zugreifen der Justiz und Behörde ließ indes eine weitere Kraftentfaltung nicht aufkommen. Das Volkssparlament löste sich schließlich selbst auf.

Der Bericht des Parteivorstandes konnte in diesem Jahre nicht jenen erfreulichen Aufstieg der Partei konstatieren, wie es in früheren Jahren der Fall war. Man hat über die Gründe dieses Stillstandes allerlei, zum Teil richtige, zum Teil aber auch stark danebentreffende Betrachtungen angestellt. Zweifellos trifft es zu, daß auch die politische Bewegung von der einseitigen Striktheit in Willeidenschaft gezogen wird, daß der Arbeiter bei seinen unruhigen Existenzverhältnissen selbst die Weisheit für seine politische Organisation und die Tagesfrage einschränkt. Ein wichtiger Grund für den Stillstand scheint uns aber darin zu liegen, daß die unbedingte notwendige Kleinarbeit nachgelassen hat. Ohne umfassende Kleinarbeit kann weder eine Gewerkschaft noch die Sozialdemokratie vorwärts kommen. Was helfen die schönsten Artikel der Parteipresse, wenn sie nur von den organisierten Arbeiter gelesen werden und diese daraus nicht den richtigen Schluß ziehen, daß sie die gewonnenen Kenntnisse ihren indifferenten Mitarbeitern, Kollegen und Freunden einimpfen müssen, damit auch diese zu Mitstreitern gewonnen werden. Die Agitation von Mund zu Mund, durch jeden einzelnen in seiner nächsten Umgebung, das ist die Unterlage für das Aufstreben der Organisationen.

Es ist leider so und kann offen ausgesprochen werden, daß sich die organisierten Arbeiter viel lieber mit Zukunftsprojekten beschäftigen, als sich die Frage vorzulegen, wie kann ich einige von der großen indifferenten Masse für unsere Sache gewinnen. Die Zustände sind doch wirklich trostlos genug, so daß es an Agitationsstoff nicht mangelt. Man sollte glauben, jeder einigermaßen denkfähige Arbeiter müßte durch die traurigen Verhältnisse schon allein bestimmt werden, der Sozialdemokratie Gefolgschaft zu leisten. Daß dem nicht so ist, zeigt uns am klarsten, welche gewaltige Stück Agitationsarbeit noch zu leisten ist und wie schwer es fällt, die Massen zu belehren und zu überzeugen. Die Massen, ja wenn die nicht so schwerfällig wären!

Es gäbe sehr viele nützliche und wichtige Fragen, ohne einen Pfennig Kosten, nur mit einem gemeinsamen Willen der Arbeiter von heute auf morgen zu lösen, wenn die Massen etwas mehr Einsicht hätten. Da diese Einsicht aber leider nicht vorhanden ist, so bleibt uns vorläufig nichts anderes übrig, als Tag und Nacht daran zu setzen, diese Einsicht zu verbreiten, denn alle helfen wir ja auf den Tag, an dem, wenn auch noch lange nicht alle, so doch wenigstens die Mehrzahl der Arbeiter, dieses höchsten Selbstzweckes, diese Einsicht erreicht hat.

Darum hat es sich auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag gehandelt, als die Frage des politischen Kampfes bereits diskutiert wurde. Während die eine Seite glaubt, daß bei einer politischen Massenaktion nicht nur alle Organisierten, auch die Unorganisierten, die heute teils zu bummeln, teils zu gleichgültig sind, um ihre Arbeiterinteressen wahrzunehmen, mit in den Strom hineingerissen werden, sondern der größere Teil der Delegierten auf dem Boden der Wirklichkeit, indem er sich jagte, daß die erste Notwendigkeit der Ausbau der Organisationen ist. Leider sind die Massen immer noch nicht groß genug, die wir zur erfolgreichen Durchführung unserer Ideen haben müssen.

Mit Massen in den Kampf zu ziehen, denen die nötige Aufklärung und die politische Reife fehlt, die im Kampfe nicht geschult sind, die weder opferwillig, noch diszipliniert, noch solidarisch erzogen sind, das wird sich jeder Einsichtige überlegen, um so mehr, als dem Arbeiter eine bis ins kleinste wohlorganisierte Gegnerschaft gegenüber steht.

Die vom Parteitag in der Frage des Massenstreiks angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Nach dem vom Parteitag (1906) beschlossenen Beschlusse des Jänner Parteitages (1905) ist die ungesetzliche Anwendung der Massenarbeits-einstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erheben.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Entscheidungsgremien ist eine der Vorbedingungen für den Freiheitskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Beschäftigten nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung; es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junker, die zum Beherrschter der Staatsgewalt.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen an, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuwenden in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht erfolgreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenrat als unerschütterlich und jederzeit anwendbares Mittel zur Befreiung sozialer Schichten im Sinne der sozialistischen Aufklärung betrachtet, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterklasse für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenrat kann nur bei vollkommener Gleichheit aller Organe der Arbeiterbewegung von Massenbewegungen, für die letzten Ziele des Sozialismus begehrt werden und zu jedem Opfer betriebl. Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdet für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.

Eine weitere wichtige Frage, die zur Debatte kam, war die Frage der Arbeitslosenversicherung. Daß die Frage jetzt bei der Parteitagung eine doppelte Wichtigkeit hat, kommt kaum in Frage zu werden. Die Verunsicherung der Arbeiter gegen ungesetzliche Arbeitslosigkeit ist zu einer unüberwindlichen Notwendigkeit geworden. Nur die Gewerkschaften haben die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung eine ständige Arbeit in ihren Reihen. Alle Gründe und Gegenstände sind schon so häufig erörtert worden, daß es kaum notwendig ist, nochmals darauf ausführlich einzugehen. Der Parteitag prüft in dieser Frage vollkommene Einmütigkeit und hat folgende Beschlüsse des Reichstages angenommen:

Die jetzigen Verhältnisse sind nach anhaltender ungewöhnlich großer Arbeitslosigkeit erfordert schmerzliche Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen. In allen öffentlichen Beziehungen im Reich, in den Bundesländern, in den Gemeinden ist deshalb auf die Förderung der Beschäftigung nach nachdrücklicher Arbeitsaufträge,

auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sägen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise; sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch-organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig zu mildern.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses 1910 zu Kopenhagen fordern.

Bis zur Verwirklichung der allgemein öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeinüblicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Herausziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschüssen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

Eine größere Rolle spielte auf dem Parteitag noch die Steuerfrage. Sowohl in der Fraktion, wie in der Parteipresse waren über die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Erhebung des Wehrbeitragsschiedensentwurfes entstanden. Ein Teil der Delegierten stand auf dem Standpunkt, daß dem Militarismus auch nicht durch direkte Steuern, wenn sie von den Besitzenden aufgebracht werden, die Mittel beizubringen dürften. Unter dieser Voraussetzung wäre die sozialdemokratische Vertretung im Reichstage allerdings nur eine Vereinnahmungslaboration so lange, bis wir die absolute Mehrheit haben. Das kann aber die Aufgabe unserer Parlamentarier zweifellos nicht sein, sondern sie müssen die Volkinteressen in allen Fragen möglichst zu schützen suchen, und wenn zwei Hebel nicht zu ungleich sind, wird es wohl immer noch das Mächtigere sein, das kleinere Hebel gegen das große einzusetzen.

Eine weitere Angelegenheit, die für die Gewerkschaften von speziellem Interesse ist, wurde am letzten Tage besprochen: die Kaiserfeier. Die ganze Auseinandersetzung drehte sich um die Frage, ob, in welcher Form und in welcher Höhe die Parteimitglieder, die am 1. Mai feiern, aber keine Lohnverbüße haben, den Verdienst dieses Tages an die Partei abführen sollen. Zuvor bestand eine Bestimmung, daß alle Parteimitglieder, die keine Lohnverbüße haben, zur Abführung des Tagesverdienstes verpflichtet sind. Diese Bestimmung führte zu Unzufriedenheiten und wurde deshalb aufgehoben. Sie wurde in Jena ersetzt durch folgende vom Parteivorstand vorgelegte und vom Parteitag angenommene Erklärung:

Der Parteitag erwartet von den in Bureaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angelegten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Kaiserfeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Parteifonds abliefern.

Diese Erklärung schränkt den Kreis der zur Abführung Verpflichteten ein und sie setzt an die Stelle der Pflicht den moralischen Appell.

Eine besondere Stellung zur Kaiserfeier hat der Parteitag nicht eingenommen und scheint demnach von dieser Seite dem nächstjährigen internationalen Kongress kein Vorschlag auf Änderungen in der Kaiserfeier zuzugehen.

Die sonst noch auf dem Parteitage verhandelten Fragen sind für die Gewerkschaften von geringerer Bedeutung. Es erübrigt sich, darauf an dieser Stelle noch besonders einzugehen.

Sie können mit Freude konstatieren, daß die Einmütigkeit im allgemeinen auf dem Parteitag sehr wohlwiegend gewirkt hat, daß insbesondere in den Fragen der Gegenwartsarbeit volle Uebereinstimmung herrschte. Unter dieser Voraussetzung wird es auch möglich sein, den breiten Volksschichten schon in der Gegenwart möglich viele und weitgehende Vorteile zuzuwenden. Die Aufgabe, die die Sozialdemokratie in der letzten Zeit zu verzeichnen hat, sind sehr beachtenswert. Ohne diese politische Reife würde es in sozialer und politischer Hinsicht für die Arbeiterklasse viel trauriger ausfallen. Dieser Tatsache kann sich kein einsichtiger Arbeiter verschließen und wird deshalb jeder die Schlussfolgerung daraus ziehen, daß er der Sozialdemokratie seine Verbundenheit mit zu widmen hat.

Die Tagung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Nach einer Pause von drei Jahren kamen am 18. August d. J. in Leipzig die Vertreter des Bundes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu ihrer ständigen Versammlung zusammen. Die Tagung war sehr kurz besetzt, es wohnten ihr gegen 100 Teilnehmer, darunter zahlreiche Gäste, bei.

Der Kongress hatte eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen, von der in dieser Zusammenfassung nur die wichtigsten Punkte berührt werden können. Den Höhepunkt der Tagung bildete ungewissheit der Punkt Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland. Hierzu hielt Dr. Einzheimer, Frankfurt a. M., ein glänzendes Referat. Einzheimer plädierte für ein einheitliches Arbeitsrecht, aber nicht im engen Sinne des Wortes. Er will wohl Zentralisation der Rechtspflege, aber daneben wachsende Differenzierung der Gesetzgebung, besondere Gesetze für einzelne Berufsgruppen. Der Redner wandte sich gegen die Behauptung, daß das Interesse für ein einheitliches Arbeitsrecht nur ein politisches sei. Es bedarf dahinter wirtschaft-

liche, soziale Kräfte; der Gedanke sei entsprungen auf tiefsten elementarsten Rechtsbedürfnissen. Die Forderung eines einheitlichen Arbeitsrechts, sagte Einzheimer, ist in dem Mangel des bestehenden Rechtszustandes begründet. Seine Quellen sind unübersichtlich und teilweise nicht genügend abgegrenzt. Seinem Inhalt fehlt auf wichtigen Gebieten innerliche Einheit und zusammenfassender Ausdruck.

Die verlangte Zentralisation des Rechtsstoffes hat die Entlassung der Gesetzgebung zum Ziel durch Zusammenziehung von Einzelverordnungen und Einzelbestimmungen. Es kommen in Betracht: Reichsrechtliche Regelung derjenigen Gebiete, die heute noch durch eine Summe von Landesgesetzen beherrscht sind (Wergarbeiterrecht, Gesinde- und Landarbeiterrecht). Schaffung eines die besonderen Verhältnisse durchströmenden allgemeinen Teils des Arbeiterrechts für alle, die in einem, die Erwerbstätigkeit hauptsächlich in Anspruch nehmenden Dienstverhältnis stehen, durch Generalisierung und Entlassung spezialgesetzlicher Vorschriften, sowie durch Neuregelung neuer allgemeiner Lebensverhältnisse.

Die Dezentralisation hat zum Ziel die Erleichterung der Gesetzgebung durch die Heranziehung der am Arbeitsrecht unmittelbar Beteiligten zur Rechtsfindung und Rechtsfindung, durch genossenschaftliche Selbsthilfe. Für die Verwirklichung dieses Gedankens stehen folgende Wege offen: 1. Tarifverträge. Deren Bedeutung besteht nicht nur in ihrer zeitweisen Friedensstiftung, sondern auch in der Erhöhung von Aufgeben, die ohne sie das staatliche Gesetz zu lösen hätte. Soweit Tarifverträge die Arbeitsverhältnisse regeln, machen sie staatliches Gesetz überflüssig. Die Gesetzgebung kann diesen technischen Vorteil der Tarifverträge dadurch planvoll nutzen, daß sie die Tarifverträge zu Organen objektiven Arbeitsrechts (der Gesetzgebung) erhebt, 2. Paritätische Rechtsverwaltung. Das Gesetz kann auf Kosten verzichten und sich auf den Ausdruck allgemeiner Grundsätze und Grenzen beschränken, wenn die Stellen vorhanden sind, welchen der Erlaß der Ausführungs- und Vollzugsvorschriften von Fall zu Fall obliegt. 3. Erweiterung der Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungsgerichte zu Arbeitsgerichten, die innerhalb einer bestimmten Gehaltsgrenze über alle Streitigkeiten aus jedem Arbeitsverhältnis entscheiden.

Die Aussprache über diesen Punkt war sehr ausgedehnt. Sie wurde von den Vertretern der Arbeitgeber, Generalsekretär Dr. Nielenz, Berlin, eröffnet, der die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts ablehnte, denn es sei dafür kein zwingendes Bedürfnis vorhanden. Gerade die für das Dienstverhältnis grundlegenden Bestimmungen müßten für Angehörige anderer Stände als für Arbeiter. Wenn jeder Sonderverdienst, den eine Gruppe erreicht habe, auf alle Arbeiter und Angestellten übertragen werden soll, dann brauche man sich nicht wundern, wenn die Arbeitgeber dagegen energig Front machten. Die Arbeitgeber würden auch die Zeit noch nicht für gekommen halten, die eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrags bringe. Die Arbeitgeber müßten von neuen Lasten auf sozialpolitischem Gebiete verschont werden, denn sie seien am Rande der Tragfähigkeit angelangt.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, Berlin, vertrat den Standpunkt der Arbeitnehmer. Er verwies darauf, daß in Frankreich bereits die betreffenden Gesetze zu einem einheitlichen Ganzen zusammengeschlossen sind. Die Sonderrechte für einzelne Gruppen dürften nicht bestehen bleiben, denn sonst würde an dem gegenwärtigen Zustand nicht viel geändert. Die besonderen Berufsgruppen müßten in dem allgemeinen Arbeitsrecht berücksichtigt werden. Schmidt begründete die Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts damit, daß die Rechtsverhältnisse der Arbeiter in den verschiedensten Gesetzen geregelt sind. Der Hinweis auf neue Lasten für die Unternehmer sei unberechtigt. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts werde schon nicht mit einer weiteren Ausgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen verknüpft. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte müßten weiteren Kreisen zugänglich gemacht, ihre Zuständigkeit auch auf Dienstboten und Landarbeiter ausgedehnt werden. In der Verberichtigung des Tarifvertrags kann Schmidt nicht soweit hineigen wie Einzheimer. Er möchte nicht haben, daß man den Tarifvertrag mit mehr belastet wie schon heute.

In der weiteren Diskussion erklärten sich von den Arbeitnehmern nur die Vertreter der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen und der Kaufmännischen Vereinigung von 1858 gegen ein einheitliches Arbeitsrecht. Sie wollen eine Sonderstellung und Sonderrechte haben. Durch das einheitliche Arbeitsrecht würde die Existenzgrundlage ihres Standes untergraben, die Privatanlagen würden dann im Arbeiterstand untergehen. Genosse Bissell von der Generalkommission wies diese Einwände unter Beifall zurück. Die Vertreter des Vereins deutscher Kaufleute, des Bundes deutsch-industrieller Beamten und des Verbandes der Gewerbetreibenden sprachen sich für ein einheitliches Arbeitsrecht aus. — Daß dieses auch noch in weiter Fernem liegen, es ist zweifellos im Interesse der Arbeiterschaft und wird ein wichtiges Gebiet der sozialen Gesetzgebung werden.

Ein ebenfalls sehr wichtiger Punkt war die Behandlung der Frage, ob Rechtsanwältinnen zur Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zugelassen werden sollen. Nach dem geltenden Recht werden Rechtsanwältinnen und Personen, die das Verbandsamt vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozessbevollmächtigte oder Beistände nicht zugelassen. Die Rechtsanwältinnen drängen schon lange darauf, die Zulassung zu erreichen. Die Frage ist auch schon wiederholt auf den Gewerbegerichtstagen behandelt worden. Der erste Referent zu diesem Punkt, Rechtsanwalt Dr. Wagner, Nürnberg, meinte, bei dem bestehenden Zustand erhebe für auswärtige Parteien, welche trotz aller Bemühungen einen Vertreter nicht beschaffen können, eine Schutzlosigkeit, die einer Rechtsverweigerung gleichkomme. Er verlangte allerdings nur die Zulassung zu den Kaufmannsgerichten, da dort schon heute die Parteien von Rechtsanwältinnen Schriftsätze anfertigen ließen. Bei der Zulassung von Arbeitersekretären und Verbandsbeamten sollte man nicht engberzig sein. Der Redner schlug vor, im Gesetz anstatt

„geschäftsmäßig“ „gewerbsmäßig“ zu sagen, da dies klar wäre.

Der Korreferent, Rechtsanwalt Busch, Gladbeck i. W., ging weiter wie Dr. Wagner. Er will keinen Unterschied zwischen Kaufmanns- und Gewerbegericht machen, und verlangte die Zulassung der Rechtsanwälte für beide Gerichte. Zu den Personen, die das Verfahren vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, gehörten auch Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, sowie auf der andern Seite die Handwerkersekretäre und die Angestellten der Arbeitgeberorganisationen. Der Redner macht den Vorschlag, daß die Parteien sich vertreten lassen können im Falle der erheblichen Entfernung ihres Aufenthaltsortes von dem Gericht und in Fällen, in denen der dem Rechtsstreit zugrunde liegende Sachverhalt nicht eigene Wahrnehmung der Parteien gewesen ist.

Die Diskussion war sehr lebhaft, ihr Ergebnis war eine fast einstimmige Ablehnung der Zulassung der Rechtsanwälte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber wandten sich sehr entschieden gegen die Zulassung der Rechtsanwälte und ebenso entschieden für die Zulassung von Vertretern der Arbeiter (Arbeitersekretäre) und der Arbeitgeber. Es wurde hervorgehoben, daß durch die Zulassung der Rechtsanwälte das Wesen der Gerichte als Laiengerichte geschwächt würde. Anerkannt wurde, daß man mit der Zulassung von Verbandssekretären nur gute Erfahrungen gemacht habe, durch sie würde die Rechtsprechung erleichtert. Auch Vorsitzende von Gewerbegerichten sprachen sich gegen die Zulassung von Rechtsanwälten aus. Unter lebhafter Zustimmung konnte ein Redner feststellen, daß die erdrückende Mehrheit der Versammlung auf dem Standpunkt stehe, daß an dem gegenwärtigen Zustand nichts geändert werden dürfe. Mit dem Vorschlag, anstatt „geschäftsmäßig“ „gewerbsmäßig“ zu sagen, erklärte man sich allgemein einverstanden.

Zu dem Punkt: Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes hielt Dr. Fall, Frankfurt, das einleitende Referat. Er gab ein Bild des bestehenden Rechts. Für dieses kommen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Barzahlung der Löhne, das Aufrechnungsverbot des § 394 BGB. und des Lohnbeschlagnahmengesetzes in Betracht. Nach letzterem ist die Pfändung des Ueberflusses über den Jahresbetrag von 1500 M. für Forderungen jedes Rechtsgrundes zulässig. Der Referent betonte, die Bestimmungen in den drei verschiedenen Gesetzen hätten keineswegs die gleiche Anwendung gefunden, obwohl sie die gleiche Tendenz, Schutz der Lohnforderungen, hätten. Ein Teil der Gewerbegerichte hält die Zurückbehaltung von Lohn für zulässig, der andre nicht. Auch in der Frage der Aufrechnung sind die Entscheidungen verschieden. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage der Zulassung der Zurückbehaltung und Aufrechnung des Lohnes. Während die Arbeitgeber die Zurückbehaltung verlangten, wandten sich die Arbeitnehmer dagegen. Das Verbot der Zurückbehaltung sei eine wirtschaftliche Berechtigung. Verlangt wurde von diesen auch, daß die pfandfreie Summe des Arbeitslohnes erhöht wird. Der Satz von 1500 M. sei heute nicht mehr ausreichend. Vorgelegt wurden die Summen 2000 bis 2500 M., auch müßte die örtliche Steuerung berücksichtigt werden. Allgemein war man sich darin einig, daß das Lohnbeschlagnahmengesetz einer Änderung bedarf. Beschlüsse werden bekanntlich auf dieser Tagung nicht gefaßt.

So brachte der Gewerbegerichtstag interessante Auseinandersetzungen, die auch für die Arbeiterschaft großes Interesse haben.

Lohnbewegung

Radierer.

In Brandenburg a. S. ist die Aussperrung in den Brennaborwerken nach acht Wochen beendet. Nachdem die Firma zum Teil sehr schlechte Erfahrungen mit ihren angeworbenen Streikbrechern gemacht hatte, kam sie wohl zu der besseren Einsicht, doch lieber mit ihren alten Arbeitern einen ehrlichen Frieden zu schließen. Der abgeschlossene Vertrag auf drei Jahre ist zum ersten Male von den in Frage kommenden Verbänden unterzeichnet worden und damit der Widerstand, mit den Verbänden nichts zu tun haben zu wollen, endlich aufgegeben. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde um eine Stunde verkürzt, und zwar auf 57 Stunden. Da an den ersten fünf Tagen in der Woche 10 Stunden, am Sonnabend 7 Stunden gearbeitet wird, so ist der freie Sonnabendnachmittag nahezu erreicht. Auch die Firma ihren sehr hartnäckigen widerständigen Widerstand gegen die Rechtsprechung der ersten Ueberhand endlich aufgeben müssen, und wird dadurch erreicht, daß nicht während einer längeren Zeit des Jahres einfach die elfstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Lohnarbeiter erhalten 2 Pfg. Lohnhöhung pro Stunde. In der Sätmerei wird außerdem noch eine weitere Erhöhung von 2 Pfg. bewilligt. Auch ist die Reuegelung der Abschreibungsfriedensregelung erledigt. Einig und geschlossen wie zu Beginn der Aussperrung standen die Arbeiter aller Berufe auch am Ende des achtwöchigen Kampfes. Ganze drei Mann von annähernd 2000 waren nur den Verlockungen der Firma gefolgt. Alle Brandenburger Arbeiter — und auch darüber hinaus — können sich ein Beispiel an dieser Einigkeit nehmen, und hoffentlich die Firma sehr reichlich für die Zukunft auch.

Aus unserm Beruf.

Folgen der Aussperrung.

Da die Schanzmacher im Malergewerbe nicht müde werden, es als einen Sieg zu feiern, daß sie die Hilfsmittelorganisationen durch ihre mißlungene Nachprobe finanziell stark angepannt haben, und daraus folgern, sie seien nun auf viele Jahre hinaus vor Lohn-erhöhungen gesichert, veröffentlichen wir hier ein uns länglich zugesendetes Zirkular der Maler-Zwangszunung zu Essen a. d. Ruhr, das nur allzu deutlich zeigt, wie es jetzt in finanzieller Hinsicht in den Kreisen untrer Unternehmer und ihrer Organisationen aussieht. Das Zirkular hat folgenden vielsagenden Wortlaut:

Maler-Zwangszunung Essen-Ruhr.

Wertes Herr Kolleg!

In letzter Zeit ist die Zahl der unpfändbaren auffällig und übermäßig gestiegen. Wenn auch zu einem Teil die wenig günstige Lage untrer Gewerbes, vor allem der letzte Streik, die Schuld daran tragen mögen, so besteht doch wohl auch mit Recht die Vermutung, daß manche untrer Kollegen sich absichtlich und ohne Grund der Erfüllung ihrer Zahlungspflicht gegenüber den Innung zu entziehen suchen. Durch das ansehend zu lässige Vorgehen der städtischen Vollziehungsbeamten bei der zwangsweisen Eintreibung der rückständigen Innungsbeiträge und Strafgebühren scheint diesem Bestreben Vorschub geleistet zu werden. In der letzten Innungsversammlung am 9. cr. wurde deshalb beschlossen, die Stadtverwaltung zu ersuchen, ihre Vollziehungsbeamten mit strenger Instruktion zu versehen. Gleichzeitig war die Versammlung damit einverstanden, daß von den nächsten Innungsversammlungen ab die Namen der unpfändbaren Innungsmitglieder jedesmal zur Verlesung gebracht werden. Auch soll bei den Behörden beantragt werden, solchen Innungsmitgliedern Arbeiten nicht zu übertragen. Im eigenen Interesse untrer Mitglieder bitten wir alle diejenigen, die mit ihren Beiträgen usw. noch im Rückstande sind, dieselben umgehend an die Verwaltungsstelle binden-alle 45 abzuführen. Andernfalls werden gemäß Innungsbeschluss vom 9. cr. die Namen dieser Kollegen in der nächsten Innungsversammlung bekannt gegeben.

Kollegial!

J. A. des Vorstandes

gez. Fr. Karrenbrod, l. W. Dr. Offenbach, Obermeister, Innungsverwalter.

Das bietet einen recht lehrreichen Einblick in das Gebaren des Unternehmertums, das seine gesetzlichen Privilegien benutz, um seine Interessen rücksichtslos zu wahren. Erst terrorisiert man durch ungesetzliche Beschlüsse die Innungsmitglieder in einen unfruchtlichen Kampf der Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes hinein. Sind sie dann an den Rand des wirtschaftlichen Unterganges gebracht, erhalten sie von ihrer Innung den mit strengster Instruktion versehenen Gerichts-vollzieher ins Haus geschickt, in den Innungsver-sammlungen werden die Namen der zum Bankrott getriebenen, unpfändbaren Malermeister verlesen und die städtischen Behörden werden aufgefordert, jenen keine Arbeiten zu übertragen. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: man vertreibt den Dämon in der durch die Aussperrung angegriffenen Innungs-kategorie und beseitigt unliebsame und lässige Konkurrenten, indem man ihnen die städtischen Arbeiten abjagt.

Das sind die Praktiken, mit denen man vorgibt, den Beruf heben zu wollen und die Interessen aller Handwerkermeister zu vertreten. Dagegen wird der Beruf immer weiter heruntergebracht, der schlimmste Terrorismus geübt und dann, um die Aufmerksamkeit von solchem Treiben abzulenken, dreist und gottesfürchtig nach Ausnahmengesetzen gegen den angeblichen Terroris-mus der Arbeiter geschrien.

So belächelt man aber auch die „Schnus“-Konkurrenz, indem einem Teil der Arbeitgeber die städtischen Arbeiten weggenommen werden, damit sie die mit Güdschützern besser geeigneten Herren ausführen können. Andererseits werden Kämpfe vom Raum gebrochen und dadurch zahlreiche neue Existenzen geschaffen, denen man dann mit dem Gerichts-vollzieher zu Leibe geht, wenn sie unter der so erzeugten Misere leiden oder nicht unbescheiden in das Horn ihrer Feinde, der Innungs- und Arbeitgeberverbandsgrößen blasen.

Uns sind aus verschiedenen Städten Unterlagen darüber zugegangen, wie jetzt die Bankrotte unter den Malermeistern infolge der durch die Aussperrung er-littenen Verluste grassieren. Und die jetzt zahlreich vor-tommenden Unterbietungen bei Submissionen in bisher nie erreichter Höhe, über die wir demnächst einige Pro-ben bringen werden, beweisen, wie schädlich die Folgen der Aussperrung auf die Arbeitgeber wirken, die wäh-rend des Kampfes von ihrer Organisation nicht einen roten Heller bekommen konnten.

Zur Illustration des hier gesagten lassen wir noch folgen, was die „Süddeutsche Maler-Zeitung“ in ihrer Nummer 26 schrieb:

Daß auch den Arbeitgebern durch die Aus-sperrung nicht gebient war, haben wir wiederholt ausgesprochen. Ihre Verbände hätten Mitglieder ein, die einzelnen Meister verloren Arbeiter und mit ihnen Tausende von Mark, neue Existenzen gründeten sich und so weiter.

An einer andern Stelle hieß es, es habe „Tote und Verwundete“ gegeben. — Ist erst der Winter gekommen und lassen sich die Forstbesitzer, Hypo-thekengläubiger und sonstigen „Freunde“ so mancher Aussperrungs-lustigen Malermeisters nicht länger mehr ver-trästen, so wird die Zahl der „Toten“ noch ganz er-heblich anwachsen und wer noch einige Lebenszeichen von sich gibt und sich noch einmal über Wasser halten möchte, bekommt nach oben geschilderter Methode von seinen getreuen Innungslameraden aus dem Arbeit-geberverband das schmerzstillende Halsband umgelegt. — Sie haben's herrlich weitgebracht!

„Die Tarifpolitik der rheinisch-westfälischen Arbeitgeber im Malergewerbe.“

lautete das Thema, das in einer Reihe gut besuchter, gemeinschaftlich von unserm und dem christlichen Ver-bande einberufenen öffentlichen Versammlungen be-handelt wurde. Die Redner, Kollegen Beringer- und Buchelt-Cöln sowie die Kollegen Nibel-Berlin und Schulz-Essen vom christlichen Verbände, hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die vergangene und gegenwärtige Tarifpolitik der rheinisch-westfälischen Arbeitgeber zu beleuchten und zu zeigen, wie jene, welche in den letzten Jahren nicht genug über die angeblichen Tarifbrüche der Gehilfen zeterien, im Tarifbruch beharrten. Schon die Vergangenheit zeige, daß die rheinisch-westfälischen Arbeitgeber in dem Augenblick, wo in ganz Deutschland der Tarifgebanke die Malermeister beschäftigte, jegliche Regung des Tarifgebantens belämpften. Im Jahre 1905 wurde der Tarifvertrag öffentlich als eine Sch-

digung des Gewerbes bezeichnet, und 1906, bei der Gründung des Arbeitgeberverbandes, bezeichnete sich der rheinisch-westfälische Arbeitgeberverband als Tarifgegner, auch auf die Gefahr hin, überall als rückständig bezeich-net zu werden. Nicht dem eigenen Triebe, sondern der Macht der Organisation gehorchend, wurde 1907 der erste Bezirks-Tarif abgeschlossen. Die Tarifseinde wurden scheinbar Tarifreunde. Diese tariffreundliche Haltung zeigte die Arbeitgeber schon 1909 vor dem Abschluß des ersten Reichstarfs, wo sie ernstlich die Frage prüften, den Gehilfen statt Lohnerhöhungen Lohnkürzungen an-zubieten. Auch haben die Herren ihre Tariffreundlichkeit während der Dauer des Reichstarfs damit bewiesen, daß sie die Bestimmungen des Tarifvertrages in ihrem Sinne auszulegen versuchten. Schon vor Ablauf des Reichstarfs im Jahre 1912, auf dem Siegener Ver-bandstage, trat die Tarifgegnerschaft deutlich in die Erscheinung, indem erklärt wurde, es liege kein Grund vor, den bestehenden Reichstafs zu erneuern, weil damit der Friede zu teuer erkauft werde. Der Gang der Aussperrung habe aber gezeigt, daß die rheinisch-west-fälischen Arbeitgeber nur mit Hilfe der Großindustriellen und der ungeheuerlichen Hereinzugung der Innungen es fertig gebracht haben, scheinbar zu siegen. In Wirklich-keit sind sie keine Sieger. Bei ihrem Sieg konnten sie nicht verhindern, daß 574 Sondertarife für 3187 be-schäftigte Gehilfen abgeschlossen wurden. Auch steht es keinem Siege ähnlich, wenn die Essener Innung be-schließen muß, die Innungsbeiträge durch den Gerichts-vollzieher holen zu lassen, der aber feststellen mußte, daß die Zahl der unpfändbaren Malermeister übermäßig ge-klagen ist — was auf die „Negerich“ verlaufene Lohn-bewegung zurückzuführen sei. Die Beharrung im Tarif-bruch ist nicht dem alleinigen Willen der Malermeister, sondern dem Befehl der Großindustriellen zuzuschreiben, die für ihre Unterfertigung im fünfzehnjährigen Kampfe einen Tarifabschluß hintertrieben. Die Macht des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe auf die rheinisch-westfälischen Arbeitgeber ist weit geringer wie die der Großindustriellen, des-halb das Beharren im Tarifbruch. Ganz komisch muß es uns anmuten, wenn diese tarifbrüchigen Arbeitgeber uns dadurch zu einem Tarifbruch zu verleiten suchen, daß wir einer Verschlechterung des Tarifschemas unsere Zustimmung geben sollen. Die rheinisch-westfälischen Malergehilfen, die durch verschiedene Weitanschauungen sich in zwei Organisationen befinden, sind sich darin einig, was die gemeinschaftlichen Versammlungen be-weisen, alles daran zu setzen, damit der zur Schau ge-tragene Herrenstandpunkt beseitigt wird.

Der stürmische Beifall, welcher allen Referenten in den Versammlungen zuteil wurde, bürgt für die Einig-keit und Entschlossenheit der rheinisch-westfälischen Ge-hilfen. Nur in Düsseldorf und Essen, wo Anhänger des „Neuen Zentralverbandes“ erschienen waren und für ihre Abspaltung eine Propaganda entfalten wollten, wurde die Geschlossenheit gestört. Doch die Stimmung der Versammelten ließ erkennen, daß diese Zerspaltung auf unfruchtbaren Boden gefallen ist, da wir bessere zu tun haben. In allen Versammlungen fand nach-gehende Resolution — außer den Stimmen der Zerspalteter — einstimmige Annahme:

Die vom Verband der Maler und vom Zentral-verband christlicher Maler einberufene, gut besuchte Versammlung der Maler- und Antzeigergehilfen ver-urteilt auf das entschiedenste die Stecknahme des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes in der Tariffrage. Die Versammlung erblickt darin eine grobe Verletzung des Tarifgedankens und bezeichnet das bisherige Vorgehen als Tarifbruch. Das Ansinnen, Zugeständnisse zu machen, welche neben einer Ver-schlechterung für die Gehilfen eine Tarifverletzung be-deuten würden, weist sie entschieden zurück. Die Ver-sammlung ist deshalb der Ansicht, daß zur gegebenen Zeit mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln für die Ein-und Durchführung des Tarifvertrages gekämpft werden muß, weshalb sie sich verpflichtet, für die Stärkung beider Organisationen tätig zu sein.

Hamburg. Malergehilfe K. N., ehemaliges Ver-bandsmitglied und zurzeit geschäftlicher Mitarbeiter des „Allgem. Maler-Zig.“, Organ der Unternehmer des Saues Norddeutschland, läßt in Nr. 52 genannter Zeitung wieder einmal eines seiner „Eingekandts“ los, für die er anderswo anscheinend keine Ablagerungsstätte finden kann. Es gibt in Hamburg (dem Erscheinungs-ort der „Allg. Maler-Zig.“) und keiner Umgebung ge-wisse Plätze, an denen ein Schild prangt: „Hier kann Schutz abgelesen werden.“ Auch die „Allg. Maler-Zig.“ scheint ihrem K. N. dauernd einen solchen Platz an-gewiesen zu haben. Das ist für die „Allg. Maler-Zig.“, die auf dieses Niveau herabgestiegen ist, gewiß sehr be-ziehend. Die „Allg. Maler-Zig.“ beabsichtigt ja zweifellos, mit den Eingekandts ihres Kellameister-tariers die Unzufriedenheit ihrer Leser zu verschlecken und andererseits, das dunkle Treiben gewisser Organi-sationszerspalteter zu unterstützen. Ach, wie muß es in den Köpfen der Leser aussehen, die es dulden, daß ihnen dauernd solche Täuschungsversuche serviert wer-den. Der Inhalt aller bisher erschienenen „Eingekandts“ ist ein Gemisch von Verdrehungen, Unwahrheiten und unfairer Kampfesweise, überlassen mit einer Sauce von großer Dummheit. Man merkt dem Inhalt die ver-ärgerte Stimmung eines Menschen an, der beim Verfolg seiner egoistischen Pläne in seiner Organisation nicht auf seine Rechnung kam. In den Artikeln ist viel vom „Neuen Zentralverband“ die Rede, sie hätten ebenbürtig in dem Organ dieses neulichen Verbandes stehen können, doch hat man wahrscheinlich den Raum dieses Blättchens für zu schade erachtet und hat deshalb die nach mehrfacher Richtung hin geistesverwandte „Allg. Maler-Zig.“ als Ablagerungsstätte auszuwählen, wo sie mit Freunden Aufnahme fanden. Auf den Inhalt des Schimpfartikels näher einzugehen, schiedrigt sich, obwohl K. N. es schließlich wünscht; ihm scheint der Stoff aus-zugehen, zumal ihm sachliche Gründe für seine Mach-tationen nicht zur Verfügung stehen. Dieser schließlich Buntich ist auch schon an andern Stellen schriftlich und mündlich zum Ausdruck gekommen und ist begrifflich für einen Menschen wie K. N., der keiner Klassenorgani-sation blutige Rache geschworen hat und nun in der Wüste der Geistesarmut groß sein Dasein verbringen muß. Sein Wunsch wird ihm schwerlich erfüllt werden. Wir wollen nur noch die Frage aufwerfen: Wer ist K. N.? Zu Anfang zeichnete dieser als „Decorationsmaler in

Röhm. Später behandelte er die Hamburger Ver- arbeiterangelegenheit in einem seiner „Eingefandts“ und wußte genau, was darüber das „Hamb. Fremdenbl.“ geschrieben hatte. Und in seinem letzten Sammel- forum behandelt er Angelegenheiten unserer Hamburger Organisation. Er weiß, wieviel Mitglieder der „Reu- blaue Verband“ in Hamburg hat und kennt angeblich auch die Zahl der „Gelben“ in Hamburg und auch die Zahl der Unorganisierten in Hamburg ist ihm an- geblich nicht fremd. Röhm-Hamburg. Es ist Malheur, wenn man sich so verplappert. Die Anonymität geht dabei zum Teufel. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch den Verfasser; wir haben ihn längst erkannt. Also muß man dich in der Gesellschaft sehen? K. N.? Bei den Feinden deiner Klassen- genossen, im Kampfe gegen das eigene Fleisch und Blut, gegen deine Berufskollegen. Aber ehrlicher wäre es, du nennst deinen richtigen Namen, oder zeichnest gar nicht.

Wir haben diese Zeilen geschrieben, um unsern Kollegen zu zeigen, wie hinter den Kulissen gearbeitet wird, um unsere Organisation zu schwächen. Wie die Arbeitgeber Arm in Arm mit unzufriedenen und nö- rigelunden Berufscollegen drauf und dran sind, Unzu- friedenheit in unsere Reihen zu säen. Bei der diesmali- gen Vohntarifsbewegung ist es den Unternehmern nicht gelungen, unsern Verband klein zu kriegen; sie sind unterlegen, trotz der Aussperrung. Aber sie hoffen, daß es ihnen für spätere Zeiten gelingen wird, uns zu be- zwingen, um uns dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Und wie wir oben gezeigt haben, bedienen sie sich dabei mit Vorliebe der Hilfe von Be- rufskollegen, die einst in unsern Reihen standen.

Darum, Kollegen, habt acht auf diese Leute, die immer noch um euer Vertrauen bühlen, um dieses zu egoistischen Zwecken auszunutzen zu können. Erkennt sie, diese edle Seele, die Hand in Hand arbeitet mit den Unternehmern, der kein Mittel zu schlecht ist, um ihr Ziel zu erreichen.

Wilhelmshaven. Zur Warnung für arbeitslose Kollegen möchten wir auf eine Musterfirma hinweisen, die es versteht, die Kollegen ordentlich über's Ohr zu hauen. Es ist das die weithin bekannte Gmdener Firma Wohlgemuth & Karnold, welche hier in Wil- helmshaven arbeitet. Statt den hiesigen Arbeitsnachweis zu benutzen, sucht die Firma ständig Leute durch Annoncen in auswärtigen Zeitungen. Auf Grund dieser Annoncen, in denen „dauernde Arbeit“ zu- geschubert wird, kommen Kollegen von Westfalen, Rhein- land, selbst von München hier zugereist, um, wenn sie hier sind, die Erfahrung machen zu müssen, daß sie in ihren Hoffnungen böse getäuscht sind. Nicht allein, daß ihnen das Heilgehd verweigert geht, muß die „dauernde Arbeit“ Mitte Oktober fertig sein. Ja, es sind Fälle vorgekommen, wo die Kollegen, wenn sie nicht genug schmeckten, nach kurzer Zeit wieder entlassen wurden. Weiter wurde einigen Kollegen mitgeteilt, daß sie für die Firma auswärts arbeiten könnten, sie erhielten je- doch niedrigere Löhne. Wollten die Kollegen auf dies Angebot nicht eingehen, werden sie kurzerhand ent- lassen; dann sind sie nicht allein arbeitslos, nein, sie haben womöglich ihre letzten paar Groschen verfahren und gehen dann so gut wie mittellos da. Wir können jedem Kollegen raten, falls er nach Wilhelmshaven zu kommen gedenkt, sich zunächst bei der Organisations- leitung über die herrschende Konjunktur zu erkundigen. Wenn Anzeichen nach wird auch hier bald Arbeitslosigkeit einsetzen und ist es dann für die zugereisten Kollegen noch schlimmer, da hier absolut keine Industrie ist, wo die Kollegen ev. unterkommen könnten. Also, Kollegen, laßt euch nicht von großprahlenden Annoncen verleiten, nach hier zu kommen. Es laufen in Wilhelmshaven arbeitslose Kollegen genug herum, die eingepflegt wer- den können. Holt ihr nicht euren Kollegen in den Rücken fallen, so meidet die Firma Wohlgemuth & Karnold, denn ihr sollt nur als Lohnbrüder gebraucht werden.

Wilhelmshaven. Die Organisationsber- hältnisse in der Malerwerkstatt der Kaiserlichen Werft. Der Zweck heiligt die Mittel, so kann man auch von einigen Kollegen sagen, die bei der Einführung des Einheitsbeitrages der Or- ganisation den Rücken lehren; hatten sie doch endlich einen „stärkenden Grund“ gefunden, um mit dem Druck der Überzeugung sagen zu können: „Wir bezahlen das viele Geld nach Hamburg, wir haben nichts von der Or- ganisation, und wir können die hohen Beiträge nicht mehr bezahlen, ohne unsere Familie zu schädigen.“ Leider sind Kollegen dabei, die schon ganz erheblichen Anstoß auf die Unterstützungsleistungen hatten und nun ihre ganze Rechte und Ansprüche einfach jähren ließen. Viel Ansehen und Respekt für die Organisation haben diese Leute nie gehabt. Es waren nämlich Versamm- lungsbereiter und selbst das unternehmende Thema hat nicht gezeugt, sie zur Versammlung zu bringen. Zum Mitmachen und Mitarbeiten, um die möglichen Schwierigkeiten in der Malerwerkstatt der Kaiserl. Werft zu beseitigen, haben sie lieber über die hohen Beiträge, und das meiste der Organisation nichts für sie getan werden. Gemeinlich ist, daß Kollegen mit keiner oder kaum Kenntnis über die hohen Beiträge kommen, noch, und selbst mit Wissen und acht Stunden unentloh- ter Leistung bezahlen, sobald es ihnen möglich ist immer billiger. Aber diese Kollegen haben den Wert der Organi- sation erkannt, sie sehen ein, daß, wenn man einen mit dem vorherigen man mag, und daß bis heute noch kein Tag oder Stunde ohne Opfer ertragen ist. Allerdings muß man ja wissen, daß die Beiträge durch die Ein- führung des Einheitsbeitrages rasche steigen sind, und es soll hier nicht unterschätzt werden, daß die Beiträge rasch steigen werden oder nicht, aber jeder angelegentlich sein soll, die hohen Beiträge zu bezahlen, und wenn die wirtschaftliche Lage verschlechtert werden soll, dies mit Geduld zu ertragen ist und das in der Organisation der Malerwerkstatt. Wir sind für alle, aber auch alle für einen. Die Kollegen der Werft sollten bedenken, daß sie doch immerhin eine etwas höhere Stellung haben, als die in den Privatbetrieben be- findlichen Kollegen, sie können doch nicht mit Gewissen zu den arbeitslosen Kollegen zu denken, wo sie diesen arbeitslosen Kollegen helfen, was das bei so vielen Kolle- gen der Werft ist. Unter diesen Umständen sollten sie nicht nur die arbeitslosen Kollegen ihren Anstoß aus der

Organisation rechtfertigen, namentlich da doch die privat beschäftigten Kollegen, wenn sie wirklich Arbeit haben, im Winter von ihrem doch sicher nicht hohen Verdienste gleichfalls die hohen Beiträge zahlen. Andererseits sollten sich die Kollegen der Werft doch immer vor Augen führen, daß ihre eigene Lage nur verbessert werden kann, wenn eine starke Organisation hinter ihnen steht. Glücklicherweise ist aber doch die Mehrzahl der Kollegen der Ansicht, daß der Beitrag wohl etwas hoch, daß er aber im Interesse der Organisation notwendig ist. Wir werden natürlich alles daransetzen, um die verlorenen ge- gangenen Kollegen wieder zu gewinnen, denn wenn man ernten will, -- und da sind diese Kollegen immer dabei -- dann sollte man auch soviel Ehrgefühl besitzen, daß man sich nicht immer von andern Kollegen den Acker bearbei- ten läßt, sondern daß man kräftig mitarbeitet, wie es sich für einen ehrlichen und aufrichtigen Arbeiter geziemt. Jetzt bei der Lohnverfassung wird es sich zeigen, ob diese Kollegen gewillt sind, sich vom Meister und Werk- führer weiter ausbeuten und als Arbeiter zweiter Klasse behandeln zu lassen, oder ob sie Rückgrat genug besitzen, um mit ihren organisierten Kollegen diesem System ein energisches „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegen- zusetzen. Jedenfalls ist es an der Zeit, sich mit der herr- schenden Vetterwirtschaft etwas näher zu befassen, und den auf der Werft herrschenden Verfassungsmodus ein- mal gehörig unter die Lupe zu nehmen. Wie die Werft ja auch dem schlimmsten Scharfmacher nicht nachsteht und es ausgezeichnet versteht, die Kollegen auszubehuten, beweist, daß sie Maler als Anstreicher einstellt. Wäh- rend der Maler mit 40 Pfg. Stundenlohn eingestellt wird, und einen Höchstlohn von 50 Pfg., Borarbeiter 53 Pfg., erreichen kann, ich sage ausdrücklich „kann“, denn die Kollegen erreichen lange nicht alle die höchste Klasse, wird der „Anstreicher“ nur mit 33 Pfg. einge- stellt und erreicht einen Höchstlohn von 43 Pfg. pro Stunde. Aber trotzdem der als „Anstreicher“ eingestellte Kollege weniger Stundenlohn hat, wird nicht nur die- selbe Arbeit, wie die des Malers, von ihm verlangt, nein, er muß sogar den Nachweis bringen, daß er ge- lerni hat. Hier sieht man so recht, daß die Werft wohl qualifizierte Arbeiter haben, aber für dieselben keinen Lohn bezahlen will. Es ist ja bedauerlich, daß sich überhaupt Kollegen finden, die sich als minderwertige Arbeiter hergeben, aber wenn man bedenkt, daß die Kollegen erst lange Wochen ausgeperrt waren, und jetzt der Winter vor der Tür steht, so ist es menschlich be- greiflich, wenn sie versuchen, für den Winter Arbeit zu haben. Pflicht der Kollegen ist es aber, trenn und fest zur Organisation zu halten, um es zu ermöglichen, daß auch die sog. Anstreicher als Maler entlohnt werden, und nicht zu denken, jetzt, wo sie auf der Werft beschäf- tigt sind, sind sie für ihre Lebenszeit versorgt, und die Organisation sei überflüssig.

Aber die Werft kann auch anders. So sind vor einiger Zeit drei Kollegen als Maler eingestellt worden, sie mußten aber unter 26 Jahre sein. Wie es heißt, sollen diese als zünftige Beamte vorgezogen sein. Trotz aller Schönfärbereien ist die Interessiertheit unter den Kollegen eine erschreckende. Während sie angeblich durch den hohen Verbandsbeitrag ihre Familie schädigen, kommt es gar nicht darauf an, in den Vergütungsver- einen das Geld zum Fenster hinauszuwerfen, während sie für die Organisation, die ihnen im Falle der Not zur Seite steht, keinen Pfennig übrig haben. Einige Kollegen haben hier schon praktische Erfahrungen sammeln können; gleich nach ihrem Austritt krankten sie, und hatten nun Gelegenheit, über ihren dummen Streich nachzudenken.

Ueber die Arbeits- und Betriebsverhältnisse siehe sich noch manches sagen, aber es findet sich wohl später einmal Gelegenheit, diesen Sumpf einer gründlichen Reinigung zu unterziehen.

Hauptfrage ist, daß die Kollegen sich organisieren und endlich den alten Schlandrian abschütteln, denn nur durch die Organisation sind menschen- und arbeits- würdige Zustände in der Malerwerkstatt zu schaffen.

Landesberg a. d. W. Sag das gesamte Baugewerbe am hiesigen Ort bis vor kurzer Zeit fast ganz darnieder, so ist in jüngster Zeit erfreulicherweise eine Besserung eingetreten. In unserem Gewerbe war die Konjunktur bisher gut und es werden jetzt noch Privatarbeiten angeführt, die während der Aussperrung zurückgestellt waren, ein Beweis, daß es den Arbeitgebern gelungen war, ein gut Teil Arbeit anzubringen. Wenn man nun weitere Betrachtungen über unsere hiesigen Organi- sationsverhältnisse nach Schluß der Aussperrung anstellt, so gewinnt man den Eindruck, als ob die Mehrzahl der Landesberger Kollegen sich bereits in einen recht frühen Winterstich begeben hätte. In unserer letzten Mitgliederversammlung am 13. August in der Kollege- Arbeit referierte, verrieten die Kollegen, mit aller Kraft an dem weiteren Ausbau der Filiale mitzu- arbeiten; und fragt man nun, was bisher geleistet wurde, so ist bedauerlicherweise recht wenig von einer planmäßigen Agitation zu merken, ja nicht einmal die wöchentliche Hauskündigung funktioniert. Kollegen Landesbergs, soll es so weitergehen? Das kann und darf nicht weiterher der Fall sein. Es gibt genügend Ma- terial für Versammlungen. Fieren was nicht der dies- jährige Kampf und die Bekämpfung unserer letzten General- versammlung recht reichhaltigen Stoff zur Diskussion? Agitation ist dringend notwendig. Nur dann werden alle von dem Augen der Organisation zu überzeugen sein, wenn sie die Versammlungen besuchen und am Ausbau der Organisation mitwirken. Wer nicht mit- hilft, ist nachträglich nicht zu den angeführten Arbeitern, was oberbei bemerkt auch die hiesigen organisierten Kollegen sein wollen, zu rechnen.

Bei den hiesigen Arbeitgebern merkt man keine solche Umkehr. Bei Abspeisung der Zehnerbeiträge glänzte man an die Auflösung der Organisation, aber das Gegenteil ist eingetreten. In doch die Junge in dieser Zeit temporäre dem Arbeitgeberverband beigetreten. Auch hieraus müssen wir lernen, daß nur eine festgesetzte Organisation diesen Segen gebracht in. Kögen diese Zeiten dazu beitragen, die Losen und gleichgültigen Kollegen anzuziehen und zur weiteren Arbeit anzu- spornen, denn das ist in der hiesigen Filiale dringend notwendig.

Abrechnung vom 2. Quartal 1913.

Einnahme	N	h
A. In den Filialen:		
Für Beiträge	540 841	70
„ Eintrittsgelder	4 779	80
„ Extrastener	108 971	25
„ Duplikate	49	50
„ Kalender, Protokolle und Broschüren	949	10
„ sonstige Einnahmen	52	50
B. In der Hauptklasse:		
Für Zinsen	7 004	80
Abonnements auf das „Einigungsamt“	115	80
Generalkommission der Gewerlsh. Deutschl. Vom Deutschen Holzarbeiterverband	230 000	—
Streitbeitrag von angestellten Kollegen	25 000	—
Von den Kollegen Helgolands	70	—
Sonstige Einnahmen	10	—
Sonstige Einnahmen	13	20
Mehrausgabe im zweiten Quartal	814 281	46
Summa	1730 138	81

Ausgabe	N	h
A. In den Filialen:		
Streitunterstützung	1288 414	34
Krankenunterstützung	137 080	50
Sterbeunterstützung	8 810	—
Reiseunterstützung	282	20
Gemahregeltenunterstützung	502	70
Nachschuß	2 254	36
Sonderer Zuschuß an die Filialen	24 058	68
In den Filialen verblieben an Beiträgen, Eintrittsgeldern u. Extra-Streitbeiträgen	211 391	66
Sonstige Ausgaben	78	28
B. In der Hauptklasse:		
Agitation und Konferenzen vom Vorstand	891	20
An die Agitationskommissionen	10 265	—
Werkkonferenzen in Hamburg	261	80
„Verein-Anzeiger“	13 512	81
„Oswiata“	105	30
Tarifverhandlungen in Berlin	2 041	40
Drucksachen für Tarifwesen	585	50
Kosten der Tarifämter	450	—
Zweite außerordentl. Generalvers. in Berlin	7 928	45
3000 Protokolle der beiden außerordentlichen Generalversammlungen	2 000	—
3000 Jahrbücher	2 660	—
Beitrag an die Werftkommission	11	40
Stattfind	273	—
Abonnements auf das „Einigungsamt“	76	—
Persönliche Verwaltungskosten	6 777	04
Sächliche Verwaltungskosten	6 744	62
Ausstellung Leipzig	35	10
Volksfürsorge-Agitationsfonds	2 000	—
Projektkosten Freiburg	207	—
Summa	1730 138	81

Abrechnung für den „Verein-Anzeiger“.

Einnahme	N	h
Von der Hauptklasse	13 512	81
Annoncen	1 207	50
Für Abonnements	229	64
Summa	14 949	95

Ausgabe	N	h
Satz, Druck und Papier	10 089	75
Expedition	3 057	69
Postkästen	1 425	—
Versicherungsbeiträge	51	20
Abonnements	54	33
Miete	150	—
Mitarbeiter	122	—
Summa	14 949	95

H. Wenker, Kassierer.
Revidiert und für richtig befunden.
Hamburg, den 28. September 1913.
J. Heirich, Sekretär. A. Tobler, Vorsitzender.
Dr. Höhle, Wilh. Laßen, Revisoren.

Aus Unternehmerkreisen.

Ein neuer Schwindel.
Das Organ des Arbeitgeberverbandes für den Gau Hamburg, dessen Schwindeldien wir schon mehrfach fest- stellten und zu dessen journalistischen Gepflogenheiten es bisher nicht gehörte, verbreitete Unwahrschein- lichkeitsgeschichten, wartet in seiner letzten Nummer mit einem neuen Schwindel auf. Danach soll Kollege Wenker auf unserer außerordentlichen Generalversam- lung über Internas beröhrlich und den Kollegen ge- gängig gemacht werden sollen, ist davon ausgegangen worden, daß es während und unmittelbar nach einem Kampfe untre Pflanz ist, dafür zu sorgen, daß in- terne Angelegenheiten über die Klassenverhält- nisse der Organisation -- und nun diese hat es sich be- sonders gehandelt -- nicht dem Unternehmer- verband, mit diesem gemeinsam gegen uns kämpfenden Organisationszerplit- terter und der breiten Öffentlichkeit unterbreitet werden sollten. In dieser Hinsicht ist geraten worden, sich im gegebenen Moment bei der Bericht- erstattung und bei der Beröhrlichmachung des Protokolls einige Beschränkungen aufzuerlegen, um so mehr, als

unsre Mitglieder später rechtzeitig durch unsre veröffentlichten Abrechnungen u. a. genauen Aufschluss über unsre Verhältnisse bekommen.

Nach den stenographischen Aufzeichnungen sagte Kollege Wenker u. a.: „Mir ist nun gesagt worden, daß die Delegierten zum Teil bei der Berichterstattung lediglich das, was ich über die Verhältnisse gesagt habe, an ihren Orten berichtet haben. Ich möchte daher, soweit ich hier Zahlen angebe, nochmals ersuchen, nicht allzu ausgiebigen Gebrauch, wenigstens im Augenblick, davon zu machen.“

Wie die Klassenverhältnisse stehen, erfahren die Kollegen ja später genau durch die Veröffentlichungen. Aber im Augenblick sollte man die Sache nicht so in die Öffentlichkeit bringen. Die Delegierten, meine ich, können erfahren, wie die Verhältnisse eigentlich stehen und man kann zu ihnen auch soviel Vertrauen haben, daß sie das nicht in die Öffentlichkeit hinausbringen.“

Es ärgert natürlich das Unternehmertum, daß wir ihm unsre internen Erörterungen auf den außerordentlichen Generalversammlungen nicht verraten haben und daß es nichts von hinten herum herauszuschöpfeln konnte. Daß die Unternehmer unsre Verhältnisse so völlig falsch beurteilten, hat u. a. ihre erlittene Schlappe mit ermöglicht. Wenn wir also eine besondere Lehre aus dem letzten Kampfe ziehen, so ist es auch die, daß wir unsern Feinden gegenüber in Zukunft noch viel vorsichtiger als bisher bei der Weitergabe interner Erörterungen sein müssen, wenn wir auch angesichts des Ernstes und der Sachlichkeit, die noch stets alle unsre Generalversammlungen beherrschten, nicht das Geringste zu verheimlichen haben. Was dem Feinde nützen kann, muß ihm aber vorenthalten bleiben, und darum nur handelte es sich bei dem oben in das Gegenteil umgefallenen Rat.

Die „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ beruft sich bei der Behauptung der gefälschten Unwahrheit auf das ihr sinnesverwandte Organ der Leipziger „Republik“. Also mag sie sich auch dort, wo sie zum größten Teil ihre geistige Stärkung herminnt und stets wahre Freunde und eifrige Mitarbeiter im Kampfe gegen die Geheimplatzorganisation findet, für ihren Neinfluss auf die Ente bedanken.

Es ist übrigens ein sehr reizvolles Bild, zu sehen, wie unsre Scharfmacher — und noch dazu die der Hamburger Couleur — innig vereint mit den Leipziger-Hamburger Ueberdemokraten, die sich ängstlich hüten, über ihre Konferenzen ein Wort zu publizieren oder etwa gar eine ihrer jammervollen Abrechnungen zu veröffentlichen, darum kämpfen, daß wir unsre internen Verhandlungen während eines Söhlampfes den Unternehmern unterbreiten. Das verrät, welche gemeinsamen Hintergedanken hier maßgebend sind, die wir natürlich verpflichtet waren zu durchkreuzen.

Darum bedauern wir nicht, daß man nun wahrscheinlich durch die gesamte Arbeiterpresse mit der äkzienten Heuschrecke krebshen geht, die einfach erfunden ist. Dadurch wurde uns wieder einmal Gelegenheit gegeben, die Massenbrüderschaft des Unternehmertums mit den sich mühselig, aber um so erfolgreicher abqualifizierenden Organisationszerstörern im Schiffsanleger an einem klaren Beispiel festzustellen: Schaben-tam uns die verbreitete Unwahrheit natürlich nicht, denn: „Lügen haben kurze Beine“.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe. Auf der Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker war die Stellungnahme zu den technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe einer der wichtigsten Beratungspunkte des Verbandstages. Der Referent gab ein umfassendes Bild von der durch den Fortschritt der Technik begünstigten Entwicklung und schilderte die Einzelheiten der graphischen Technik und der Entwicklung ihrer vier Druckverfahren: Hoch-, Tief-, Stein- und Lichtdruck. Seine Darlegungen wurden durch eine hübsche Ausstellung graphischer Erzeugnisse unterstützt. Nach einer eingehenden Aussprache beschloß der Verbandstag: 1. Zur ständigen genauen Beobachtung der technischen Entwicklung unsres Gewerbes ist eine Sammelstelle für Druckerzeugnisse aller Reproduktionsverfahren zu errichten. Die Mitgliedschaften sind verpflichtet, dieser Zentralstelle von vorhandenen und neuauftauchenden Verfahren Drude nebst einer eingehenden Beschreibung der Verfahren einzusenden. Die Sammelstelle soll in Leipzig sein und soll den Vorständen für technische Vorträge auf Verlangen zur Verfügung stehen. Diese Sammelstelle hat die Entwicklung der beruflichen Technik eingehend zu beobachten und die Resultate der Beobachtungen laufend bekanntzugeben. Bei der Sammelstelle in Leipzig ist eine Sammlung von Drucksachen kollegialer Beratungen anzulegen und ständig zu ergänzen. 2. Es ist eine Statistik über die Rotarys- und Offsetmaschinen anzunehmen, welche nachweist, was und wieviel an diesen Maschinen geleistet wird und inwiefern Flachdruckpressen durch diese Maschinen überflüssig werden. Bezüglich der fachtechnischen „Graphischen Rundschau“ wurde beschlossen: Um den Ausbau und die Weiterentwicklung der „Graphischen Rundschau“ zu ermöglichen, gibt die Generalversammlung der technischen Zentrale den Auftrag, einen Arbeitsplan auszuarbeiten und gemeinsam mit dem Hauptvorstande alles Weitere zu tun. Beiden Körperchaften wird überlassen, gegebenenfalls das bisherige Obligatorium der „Graphischen Rundschau“ aufzuheben. Betreffs der Gründung eines graphischen Jahrbuchverbandes wurde der Hauptvorstand beauftragt, mit den übrigen Verbänden der graphischen Berufs- in Verbindung zu treten.

Der keine Befähigungsnachweis. Am 1. Oktober d. J. trat die Novelle zur Reichsgewerbeordnung mit dem neuen Befähigungsnachweis in Kraft. Nach dem 1. Oktober d. J. also wird die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen nur an Personen erteilt, die die Meisterprüfung bestanden haben. Wenn sich ein Geselle nach dieser Zeit selbständig macht und nicht im Besitze der Anleitungsbefähigung ist, so hat er nur dann das Recht, Lehrlinge auszubilden, wenn er eine mit dieser Befähigung verichene Person in seinem Geschäft hält, oder sich selbst zur Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfung bereithat. Personen, die vor dem 1. Oktober 1903 schon Lehrlinge anleiten dürfen, erhalten auf Antrag auch jetzt-

hin dieses Recht. Personen, die in der Zeit vom 1. Okt. 1879 bis 1. Oktober 1884 geboren sind und am 1. Oktober 1908 das Recht, Lehrlinge anzuleiten, bereits besaßen, kann es von der unteren Verwaltungsbehörde auch fernerhin zuerkannt werden. Alle Personen, die nach dem 1. Oktober 1884 geboren sind, müssen die Meisterprüfung bestanden haben, wenn sie Lehrlinge anleiten wollen. Im übrigen kann Personen, die den angeführten Anforderungen nicht entsprechen, das Recht zur Anleitung von Lehrlingen verliehen werden, wenn besondere Umstände vorliegen; diese sind in längeren Ausführungen näher bezeichnet. Es kommen namentlich solche Personen in Betracht, die das Handwerk bereits geraume Zeit selbständig und persönlich ausgeübt haben. Hinsichtlich der Ausübung des Widerrufs der Verleihung der Anleitungsbefähigung wird mit Rücksicht auf die tief einschneidende wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme besondere Vorsicht empfohlen. In Betrieben, in denen mehrere Gewerbe vereinigt sind, kann der Unternehmer, auch wenn er für eines der Gewerbe den Voraussetzungen entspricht, die Anleitungsbefähigung für die übrigen Gewerbe in Zukunft nur noch durch Verleihung erwerben. Bei allen Verleihungen oder Entziehungen der Anleitungsbefähigung sind die Handwerkskammern zu hören. Abwiegend von dem bisherigen Recht ist die Zulassung zur Meisterprüfung nunmehr in der Regel von dem vorherigen Bestehen einer Gesellenprüfung abhängig. Jedoch wird nur die Ablegung einer Gesellenprüfung überhaupt, nicht aber gerade die Gesellenprüfung in dem Handwerk gefordert, für das die Meisterprüfung abgelegt werden soll. Diejenigen, die nach bestandener Gesellenprüfung ein neues Handwerk ergreifen, brauchen, um darin zur Meisterprüfung zugelassen zu werden, sich nicht einer nachmaligen Prüfung als Geselle zu unterziehen. Die Ablegung einer Gesellenprüfung bildet in der Regel die Voraussetzung für die Zulassung zur Meisterprüfung. Für die Zulassung ist der entscheidende Stelle die Möglichkeit gegeben, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Dabei wird besondere Rücksicht auf die Personen genommen, die bereits geraume Zeit als selbständige Handwerker oder als Werkmeister tätig waren.

Bernachlässigung demokratischer Rechte. Unter dieser Ueberschrift brachte vor kurzem die „Dresdener Volkszeitung“ nachstehende Notiz, die auch für einen Teil unsrer Kollegen, die in der Urabstimmung bei allen möglichen Gelegenheiten einzig und allein das Wohl und Hebe der Organisation erblicken, besonderer Erwähnung wert sein dürfte. Es heißt da: „Man hört nicht selten in Gewerkschaftskreisen rätionieren über das angebliche Ueberhandnehmen bürokratischer Gepflogenheiten und Einrichtungen, in deren Gegensatz dann die Erweiterung der demokratischen Mitgliederrechte gefordert wird. Als das vornehmste der letzteren wird sehr häufig die Urabstimmung bezeichnet, da diese die Entscheidung in die Hände der Mitglieder selbst lege. Die praktische Anwendung der demokratischen Rechte steht aber sehr häufig im schreiendsten Widerspruch zu dem Eifer, mit dem sie gefordert werden. Ein sehr wichtiges demokratisches Recht ist doch sicherlich das, in den Versammlungen über die Angelegenheiten der Organisation mitzubedenken und mitzuentschenden; wie aber die Versammlungen oft besucht werden, in welcher geringfügigem Maße hier die Mitglieder von ihrem demokratischen Rechte Gebrauch machen, darüber schweigt man am besten, wenn nicht die stereotypen Klagen über den schlechten Versammlungsbesuch vergeblich wiederholt werden sollen. Nun mag es einmal hingehen, Versammlungen finden viele im Jahre statt, sie besuchen oder veräumen kann je nach Liebe zur Sache und Eifer zur Mitarbeit Gewohnheit werden. Anders dagegen ist es mit den von unsern Gewerkschaftsdemokraten so hochgeschätzten Urabstimmungen. Solche finden nur selten und dann immer nur aus ganz außergewöhnlichen, wichtigen Anlässen statt. Hier müßten also doch stets alle Mann zur Stelle sein — die Praxis allerdings lehrt das Gegenteil; auch an den Urabstimmungen beteiligt sich meist nur ein geringer Teil der Gewerkschaftsmitglieder. Ein Beispiel neuerer Zeit hierfür liefert die im Verbands der Wäcker und Konditoren vorgenommene Urabstimmung über die Beitragsfestsetzung. An dieser Abstimmung beteiligten sich von rund 31 000 Verbandsmitgliedern nur 14 273 oder 46 Proz., während 54 Proz. der Urabstimmung fernblieben. Für die von der Statutenberatungskommission des Verbandstages gemachten Vorschläge stimmten 7501, dagegen 6693 Mitglieder, 79 Zettel wurden unbeschrieben abgegeben. Wir sehen also hier, daß die Entscheidung über die Beitragsfrage von einer Mitgliederzahl gefällt wurde, die nur den vierten Teil der Gesamtzahl repräsentiert. Wert und Vertikung der Urabstimmungen erscheinen durch die Feststellung einer solchen Tatsache jedenfalls nicht im besten Lichte.“

Dom Ausland.

Österreich. Prag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Prag für alle Maler gesperrt. In Samos ist die Firma F. Holzmann gesperrt. In Lundenburg wurde nach zehntägiger Arbeitseinstellung ein Tarif abgeschlossen. Holland. In Delft und Hilversum stehen die Kollegen im Streik. Bosnien. Sarajewo ist für Maler und Anstreicher gesperrt, da in einigen Werkstätten Differenzen ausgebrochen sind.

Rizza. Der Zutritt Rizza ist streng zu meiden, da die gesamte Arbeiterschaft in Lohnbewegung steht. Auch bitten wir die Kollegen, die Aufträgen etwas einzuschränken, da wir doch nichts Besseres berichten können, als das, was wir im „Vorwärts-Anzeiger“ veröffentlichen.

Warnung vor Auswanderung nach Argentinien. Aus Buenos-Aires wird berichtet, daß in Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos-Aires sind 80 000 Menschen arbeitslos. Kürzlich ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das unentgelt-

lich Arbeit vermittelt. Dieses Amt ist aber nicht imstande, zu helfen, da die Arbeitssuchenden nicht die Mittel haben, um die Reise weit nach dem Innern des Landes, wo Arbeiter verlangt werden, bezahlen zu können. Das Amt selbst besitzt auch keine Mittel hierzu. Im August fanden Arbeitslosenversammlungen statt, die der Bevölkerung und der Regierung den Ernst der Lage vor Augen führten. An eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist vorläufig nicht zu denken. Zu den bereits vorhandenen vielen Arbeitslosen kommen täglich aus allen Teilen Europas neue an. Ganze Familien irren bei der zurzeit herrschenden Kälte obdachlos, hungernd und frierend in den Straßen umher. Schiffahrtsgesellschaften machen durch gewissenlose Agenten Klame für die Auswanderung nach Argentinien. Ihnen ist es nur um die Ueberfahrtsgebühren zu tun. Deren kümmert sich niemand um die Gepfosten. Jede Woche kommen zwei großer Dampfer mit Auswanderern in Buenos-Aires an mit zahlreichen deutschen Arbeitern und Handwerkern. Die Mehrzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romanischen und slawischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangebote unglaublich gedrückt, dabei ist der Lebensunterhalt so teuer wie sonst nirgends. Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährendem Zustrom aus allen Ländern nicht imstande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisation der Einwanderer ist schwer, weil sie der Landessprache nicht mächtig sind. Ausgewanderte müssen außerdem gewärtig sein, ausgewiesen resp. zwangsweise zurückgeschickt zu werden auf Grund eines vor drei Jahren geschaffenen Gesetzes. Das Gesetz ist zurzeit riesengroß unter den Arbeitslosen. Deshalb, Arbeiter, steht euch vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Unser schweizerische Bruderverband hält seine nächste ordentliche Generalversammlung 1914 in Zürich ab. Als Termin ist Ende Februar 1914 in Aussicht genommen. Die Sektionen und Zahlstellen werden ersucht, Anträge bis spätestens 15. Oktober d. J. an den Zentralvorstand einzureichen.

Sachliteratur.

Die Malerfarben, Mal- und Bindemittel und ihre Verwendung in der Malerei. Zur Belehrung über die chemisch-technischen Grundlagen der Malerei für Kunstschüler, Kunst- und Dekorationsmaler. 3. Auflage. Neu bearbeitet von Prof. Dr. Friedr. Linz und Emil Adam. Preis geh. 3.50 M., geb. 4.— M. Stuttgart a. N. 1913. Paul Neff Verlag (Max Schreiber). — Das Werk enthält eine Menge feiner Zeichnungen für den Maler, der es mit seiner Technik ehlich meint, und soll daher in erster Linie für Maler und alle, die sich mit dem Malen beschäftigen, bestimmt sein. Aber auch diejenigen, welche im täglichen Leben mit Malerfarben irgendwie zu tun haben, finden darin Belehrung. Wer sich über die Beschaffenheit und Zusammensetzung der Farben unterrichten will, dem sei dieses Buch warmstens empfohlen; es gibt Aufschluss über alle Fragen. Daß es sich hierbei um ein wirklich gutes und nützliches Buch handelt, beweist, daß in wenigen Jahren bereits eine dritte Auflage notwendig geworden ist.

Literarisches.

Ein Bebelbuch. Wohl wird das Andenken an unsern August Bebel in den Herzen des Proletariats lebendig bleiben, da sein Werk lebendig ist und täglich neues Leben hervorruft, nichtssdestoweniger wird der Wunsch, das Erdenwollen und Schaffen unsres großen Vorkämpfers näher kennen zu lernen, gerade jetzt, da der Schmerz über seinen Verlust noch frisch ist, in weiten Arbeiterkreisen vorhanden sein. Zwar hat August Bebel in seinem Memoirenwerk „Aus meinem Leben“ und den besten Aufschluß über seine Persönlichkeit und sein Wirken für die Partei gegeben. Aber er konnte dieses Werk nicht vollenden, außerdem ist es auch nicht allen Arbeitern zugänglich. Es ist daher nur zu begrüßen, daß die Buchhandlung Vorwärts schon wenige Wochen nach dem Hinscheiden Bebel's mit einem Büchlein herauskommt, das dem Gedächtnis und der Würdigung des unvergesslichen Vorkämpfers gewidmet ist. Genosse Hermann Wendel zeichnet in der Schrift knapp und doch anschaulich ein Lebensbild August Bebel's und stellt ihn plastisch als Mensch, Parteiführer und Politiker vor unser geistiges Auge. Die Schrift hat tatsächlich den großen Vorzug, daß sie nicht allein mit dem Kopf, sondern wie der Verfasser sagt, mit dem Herzen geschrieben ist; sie wird sicherlich auch zu Herzen sprechen. Die 103 Seiten starke Schrift ist würdig ausgestattet und enthält ein farbiges Bild des großen Bebel nach dem Porträt von Frommer. Der Preis ist 1 M. Eine ungekürzte Vereinsausgabe kostet 50 Pf. Wir wünschen dem Büchlein die weiteste Verbreitung.

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Die Wahlen für den Ausschuss und den Beirat sind nunmehr vollzogen und haben sich die Körperchaften des Verbandes wie folgt konstituiert:

Vorstand:

A. Tobler, Vorsitzender; D. Streine, Stellvertreter, F. Wenker, Kassierer; F. Krüger, Stellvertreter. J. Reich, Beisitzer; G. Delle, Beisitzer. H. Marx, Redakteur.

Ausschuss:

H. Reinert, Obmann, Hannover, Risolaistraße 7, 1. Stg., 3. 4.; G. Kemme, Stellvertreter. Feiliger; A. Vertman, A. Pabberg, A. Steding, G. Delp, G. Ahrens.

Beirat:

1. Bezirk: A. Bichhoff, Berlin; G. Clajus, Berlin, Erjakmann. 2. Bezirk: J. Auh, Frankfurt a. M.; P. Neffens, Frankfurt a. M., Erjakmann. 3. Bezirk: G. Grobleben, Hamburg; C. Blühl, Kiel, Erjakmann. 4. Bezirk: H. Engel, Düsseldorf; J. Bichhaus, Dortmund, Erjakmann.

5. Bezirk: E. Flemming, Dresden; E. Utan, Dresden, Erfahmann.
 6. Bezirk: C. Wehring, Karlsruhe; J. Kraus, Karlsruhe, Erfahmann.
 7. Bezirk: A. Müller, Nürnberg; J. Frommer, Nürnberg, Erfahmann.
 Die bis zum 6. Oktober gemeldeten Neuwahlen der Filialverwaltungen und Agitationskommissionen sind hiermit bestätigt.
 Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassiererin vom 1. bis 7. Oktober.
 Eingeliefert wurden für die Hauptkasse: Berlin 250.—, Chemnitz 1500.—, Straßburg 200.—, Gera 200.—, Wilhelmshafen 600.—, Weuthen 500.—, Forst 250.—, Götting 600.—, Dortmund 800.—, Neumünster 114.38, Rathenow 119.40.
 Material wurde versandt:
 B. = Beitragsmarken. D. = Vorkasse. R. = Kalender.
 Berlin 600 R., Braunschweig 200 R., Chemnitz 200 R., Danzig 150 R., Dessau 30 R., Dresden 800 R.,

Halle 160 R., Hamburg 500 R., Hannover 100 R., Magdeburg 100 R., Mainz 50 R., Raumburg 10 R., Nordhausen 10 R., Rostock 50 R., Sorau 10 R., Wittenberg 100 R., Würzburg 30 R., Schweinfurt 100 R. a 45 S., 30 S. a 130 S., grün; Straßburg 400 R. a 75 S., 200 R. a 95 S., 200 R. a 115 S.
 Die Woche vom 12. bis 18. Oktober ist die 42. Beitragswoche.
 G. Wenker, Kassierer.

Der Maler-Kalender für 1914

herausgegeben vom Vorstand des Verbandes
 ist erschienen. — Die Verwaltungen werden ersucht, umgehend ihre Bestellungen aufzugeben. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten. — Preis 50 Pfg. pro Exemplar. — Bei Bestellung von mindestens 10 Exemplaren kostet der Kalender pro Stück 45 Pfg. Einzelbestellungen ist das Porto von 10 Pfg. beizufügen.

Filiale Hamburg!

Der Arbeitsnachweis für das Maler- und Lackierergewerbe in Hamburg (Patriotische Gesellschaft) befindet sich in der Hauptkassiererei 8. Der Kalender ist gedruckt von 9 bis 11 Uhr morgens und 5 bis 6 Uhr abends. Dieser Arbeitsnachweis ist durch Vertrag zwischen unserm Verbande, dem Arbeitgehwerbe und der Patrietischen Gesellschaft erledigt worden. Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend, nur diesen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Eintragungen nur bis 15 Uhr.

Der Arbeitsnachweis für das Maler- und Lackierergewerbe in Hamburg (Patriotische Gesellschaft) befindet sich in der Hauptkassiererei 8. Der Kalender ist gedruckt von 9 bis 11 Uhr morgens und 5 bis 6 Uhr abends. Dieser Arbeitsnachweis ist durch Vertrag zwischen unserm Verbande, dem Arbeitgehwerbe und der Patrietischen Gesellschaft erledigt worden. Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend, nur diesen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Eintragungen nur bis 15 Uhr.

Filiale Flensburg.

Allen reisenden Kollegen zur Nachricht, das die Arbeitsvermittlung nur durch den öffentlichen Arbeitsnachweis, Schiffstraße 12, erfolgt. Geöffnet vom 8-12, nachm. 3-5 Uhr. Umgehungen ist streng verboten. Die Verwaltung.

Ein gutgehendes Malergeschäft verbunden mit Zeichenschule für Winter (eine sichere Einnahme) zu verkaufen. Größter Teil des Kapitals bar. zu erfragen durch H. Wölter, Berlin, Kochstraße 33.

Malerschule Buxtehude
 Größte Schule f. Dekorationsmaler.
 1912 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise.
 Prospekt gratis durch die Direktion.

Malerschule zu Bremerhaven
 C. & H. Dreier
 Dekor., Schriften, Holz- u. Marmorarbeiten
 1 Monat Unterricht
 6 Holz-, 4 Marmorarten
 Wintersemester vom 1. November bis 31. März. Prospekte gratis und franko.



Jeder Herr

der sich gut kleiden und beim Einkauf sparen will, verlange den illustr. Katalog Nr. 14 meiner Abteilung für wenig getragene

Kavaliers-Garderobe
 Ich liefere solche aus Ia. Maßstoffen zu nachfolgend staunend billigen Preisen:
 Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge M. 6 bis 38
 Smoking-, Frack- und Gehrock-Anzüge M. 12 bis 45
 Frühjahrs-Überzieher und -Uister M. 5 bis 32
 Gummi-Mäntel von 12 M. an.
Bitte zu beachten! Nicht passende oder nicht gefallende Waren werden umgetauscht oder wenn Umtausch nicht genehm, das gezahlte Geld sofort zurückgesandt. — Versand gegen Nachnahme.
J. Kalter, München, Tal 19.

Malerschule Gotha.
 Staatspreis und goldene Medaillen.
 Prospekt frei. P. Teichgräber.

Düsseldorfer Malerschule
 für Dekorationsmaler v. Heinar Weischede
 Bekannte Schule, fachgemässer Unterricht.
 1. Oktober bis 31. März.
 Höchste Prämien. Prospekte kostenlos.
 Heinar Weischede, Düsseldorf-Obbarkasse
 Obbarkassestr. 13.

Malerschule PAUL RICHTER,
 Charlottenburg 5
 Sophie-Charlottenstr. 45. — Gebill
 zu jeder Jahreszeit. Inh. 1 Preise.
 Vorber. 2 Meisterpr. Reichill. Pr. gr.

Schule f. Holz- u. Marmorarbeiten
M. Nabben, Düsseldorf
 Prämiiert mit höchsten Auszeichnungen
 Kursus vom 2. Nov. bis Ende Febr.
 Prospekte gratis.

Malerschule zu Hamburg
 von Wilhelm Schütze, Strohhaus 12.
 Prospekt gratis.
 Goldene und silberne Medaillen.
 Viele erste Preise.
 15. Oktober bis Ende März.

Malerschule Zerbst
 (Anhalt). Bedeutende Schule für Dekorationsmaler. Abteilung für Holz- u. Marmorarbeiten.
 Prospekte gratis durch die Direktion.

Abend-Unterricht in Holz- und Marmorarbeiten
 Montags, Mittwachs u. Freitags v. 7-9 Uhr
 — Monatlich 10 Mk. —
 H. Muns, Altona, Aisenplatz 1, II.
 Spezial gründliche, praktische Ausbildung.

Farben = Lacke
 Firnis, rein. Pfl. 30 Pfg.
 Blauweiß 32
 Schwarz 25
 Beckstein, gelb. 10
 Brunst-Farb-Lack. 55
 Wirt. Oktober. Pfl. 65
 M. Franke, Berlin
 Nagerstrasse 11a.

Sämtliche Maler-Artikel
 in Ia. Qualität zu billigen Preisen.
 Bei größeren Bestellungen ein Schreiner für Holzmalerei gratis.
 Bestellungen an:
Leonhard Geisler, Nürnberg
 Gubernialstraße 11.



Geld erhalten Sie zurück
 für Waren, die nicht in jeder Beziehung Ihren Beifall finden! Bestellen Sie sofort gratis u. franko meinen illustrierten Prachtkatalog 13 über wenig getragene Herrenkleider, von Herrschaften und Kavalieren stammend.
 Derselbe gibt Ihnen Anleitung, wie Sie sich für wenig Geld hochfein und chic kleiden können.
 Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge von Mk. 12.— bis 45.—
 Herbst- und Winter-Überzieher und Uister von Mk. 10.— bis 45.—
 Gehrock- und Frack-Anzüge von Mk. 15.— bis 50.—
 Smoking-Anzüge von Mk. 22.— bis 50.—
 Einzelne Hosen oder Saccos von Mk. 3.— bis 12.—
 Stadtpolze von Mk. 65.— b. 200.—
Spezial-Versandhaus für Herrenkleider
 vom besten Publikum stammend
L. Spielmann
 München, Gärtnerplatz 1 u. 2
 Telefon 2464. — Telegramm-Adresse: Spielmann, München, Gärtnerpl.

Wollen Sie Geld sparen?
 Dann tragen Sie die neue **Dauer-Wäsche**
 illustr. Prosp. gratis.
Wäsche-Versand Freistoben
 Dresden 1, Postschließfach 1.

Maler-Mäntel — Weltberühmt in Sitz, Haltbarkeit u. Schn. t. t. Dnecker Versand an jedermann ab Fabr. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen.
Emil Hohlfeldt Dresden-N., Ritterstr. 2-4.

Durch Sparen
 der teuren Bademiete verlangen wir elegante Herrenkleider kaum billiger. Bestellen Sie unter Hochachtung um Fr. 11 gratis u. franko und überzeugen Sie sich von unserer Leistungsfähigkeit.
 Sein Hilft, wenn nicht gefällt erhalten Sie Ihr Geld retour!
Jabian & Co., München,
 Maximilianstraße 39, 1. Stod.
 Größtes jüdisches Stagen-Berandhaus für Herrenkleider.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 40 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.
 Für die Redaktion verantwortlich: H. Martz, Hamburg, Claus-Groth-Str. 1.
 Verlag: G. Wenker, Hamburg 25.
 Druck: Friedrich Meyer, Hamburg 3.

Werden Sie Holzmaler
 nach dem Schönschen neuen Lehr- und Arbeitssystem.
Nur 1 Monat Unterricht
 bedarf jeder. Bester Erfolg, selbst gering begabten Schülern garantiert. Seit 1906 in der Praxis glänzend bewährt. Schülerarbeiten erhielten Silb. Medaillen u. höchste Preise. Vorbereitung zum Meisterexamen. — Prospekt mit Schülerarbeiten und Vorträgen des Schulleiters frei d. Fr. Schott, Maler-Technikum, Schwarz i. M. 5.

Gratis erhalten Sie den illustr. Prospekt **Prachtvolle Schülerarbeiten** vom kunst- und fachgewerblich. Institut für Maler, Erste Schweiz. Malerschule **H. Schmid-Engweiler, Zürich.**
 Grand Prix — Goldene Medaillen.
 Porto nach der Schweiz: Briefe 20, Karten 10 Pfg.

Lustige Gesellschaft steckt an!
 Sie finden sie in unserem Buch **Sprühregen des Humors.**
 Dasselbe enthält die kapitalsten witzigen Witzze, Vorträge und Complots.
 Sie werden sich trüben! Sie können in jeder Gesellschaft keine Lachzahlen hervorbringen! Dieses Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Lerne und macht Sie in jeder Gesellschaft zum Löwen des Salons. — Preis 1.60 Mark.
Kongress-Verlag, Abt. 104 — Dresden-A. — Marschallstraße 27.

Zögern Sie nicht
 sondern verlangen Sie sofort unsern illustr. Pracht-Katalog E (ca. 100 Abbildungen), welcher Ihnen gratis u. franko zugesandt wird. Sie werden aus demselben, dass wir Ihnen grosse Vorteile bieten. Wir versenden nach allen Ländern elegante **Gebrauchte Herrschafts-Kleider** zu staunend billigen Preisen. Sie haben bei Bestellung kein Risiko, da wir für nicht zusagende Waren unanspruchslos das Geld retournieren oder auf Wunsch umtauschen. — Wir offerieren:
 Gebr. Paletots und Uister von 5 bis 30 Mk.
 Gebr. Sacco- und Beckanzüge. von 5 bis 35 Mk.
 Gebr. Gehrock-Anzüge von 11 bis 40 Mk.
 Gebr. Saccos und Hosen von 2.50 bis 9 Mk.
 Ganz neue Garderobe enthält die neuesten Artikel in Ia. Qualität zu staunend billigen Preisen.
Bekleidungshaus N. Kurzmantel & Co.
 München 9, Josefsplatz 1.

Kollegen, Sie kaufen gut u. billig beim Kollegen **Joseph Weber, Nürnberg,**
 Zirkelstraße 4, nächst dem Jakobplatz.
 Malerartikel, Farben, Lacke, Pinsel, Schwämme, Leinwand, Maleranzüge, und -schuhe, Arbeitsstätten. — En gros. — En detail.

Krieg-
 en können Sie bei mir nichts umsonst, aber gut und billig werden Sie bedient in Malerartikeln, Farben, Lacken, Pinseln, Schwämmen und Matten. — Sendungen Sie Preisliste. — G. Job, Nürnberg 5, Teplgasse 13.

Stuckfabrik W. Mühleisen
 Hesselthal, Würzburg
 Moderne Muster
 Kataloge franko

Maler-Mäntel
 110 120 130 cm lang
 2- 3.20 3.40 Mk.
 2000 2000 2000
 2000 2000 2000
 2000 2000 2000
D. Wurzel & Co., Berlin,
 Brückstraße 13, I.

Solch billige, find meine Ia. angefertigte **Maler-Schuhe** zu 10 versch. Sorten, mit u. ohne Lederbesatz, verhältig. Preis 10 Paar a 20 Pfg. 2 Paar. Bestellsfrist 6. Geisler, Braunschweig 2.